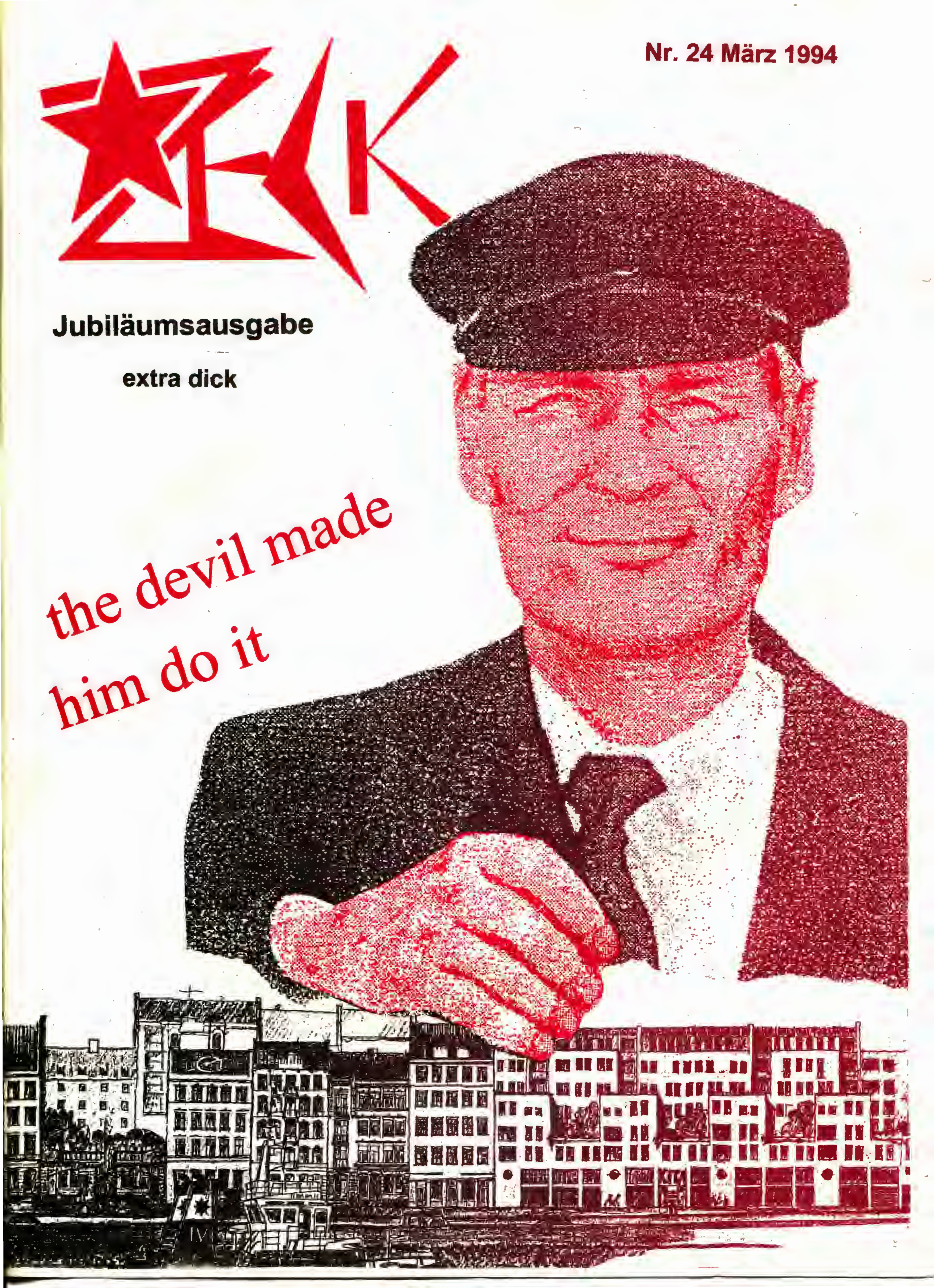

Nr. 24 März 1994
Jubiläumsausgabe
extra dick
the devil made
him do it

ZECK-Förderabo (für 20,- pro Quartal)

An alle AbonentInnen der ZECK und die, die es werden wollen:

Ab sofort soll das Geld nicht mehr auf das Konto überwiesen werden, sondern in den Briefumschlag gelegt und an folgende Adresse geschickt werden:

Zeck
Abo-Abteilung
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Die Post an die Redaktion geht weiterhin an die Rote Flora.

EIGENTUMSVORBEHALT:
Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken.



Kontakt:
Zeck
c/o Rote Flora
Schulterblatt 71
20357 Hamburg

Fotos vom Foto-Archiv-Kollektiv

Im Zeck-Ordner in der Flora
finden sich diesmal:
- Verdeckte Ermittlerin in Berlin
- Spitzel in Frankfurt/M
- Hungerstreik einer abschiebungsbedrohten Kurdin in Coburg

V.i.S.d.P.:
Renate Meyer
Schulterblatt 71
20357 Hamburg

Inhaltsverzeichnis

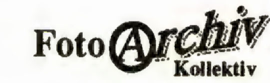
Querstreifen

Zur Rückseite dieser Zeck:

Diese Seite sollte eigentlich in der Zeitschrift Querstreifen abgedruckt sein.

Querstreifen ist eine 2–Monatszeitschrift, die vom Verein "Stadtkultur" herausgegeben wird und ist als das 'Sprachrohr' der AG Stadtteilkultur zu verstehen.
Im Herbst '93 hat das Fotoarchiv–Kollektiv von der Querstreifen Redaktion das Angebot und dann die Zusage erhalten, in jeder Ausgabe eine Seite zur freien Gestaltung zu bekommen. Wir haben dann in der Dez./Jan.–Ausgabe mit der Selbstdarstellung unseres Kollektivs begonnen.
Unser Beitrag für die Feb./Mär.–Ausgabe wurde rechtzeitig mit der verantwortlichen Redakteurin persönlich besprochen. Aber, siehe da, die FotoArchiv–Kollektiv Seite wird die/der aufmerksame LeserIn vergeblich in dieser Ausgabe suchen.
Auf *Nachfrage* – nach Erscheinen! – des Querstreifen (hat eigentlich die Post und Telekom in den letzten drei Wochen gestreikt?) wurde uns mitgeteilt, daß der Inhalt unseres Beitrags nicht mit den restlichen Beiträgen der Zeitschrift zusammenpaßt und "... na ja, es hat da wohl auch grundsätzliche Diskussionen über den Inhalt gegeben, ist ja auch kein leichtes Thema oder ? ...".

Wir danken der Querstreifen–Redaktion für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.



AIN'T NO SUNSHINE – ANYTIME

Werte LeserInnen, KäuferInnen, SympathisantInnen der Ωhm!

Wie ihr sicher schon gemerkt habt, ist schon seit 5 Monaten keine Ausgabe der Ωhm mehr erschienen. Das liegt jedoch nicht an unserer Faulheit, sondern ist die Konsequenz einer politischen Entwicklung (nicht nur) in Hamburg.

Als wir vor 2 Jahren anfingen, wollten wir »nicht nur noch eine weitere Zeitung für Hamburg machen, die dann wohlmöglich in Konkurrenz steht zu den anderen Projekten hier«. Wir wollten mit der Zeitung ein Diskussionsforum bieten, das Theorieloch füllen, Infos liefern und einen Austausch über (militante) Praxis fördern. Hehre Ziele. Auch wenn uns von Anfang an klar war, daß diese Ansprüche nur teilweise in die Realität umgesetzt werden können, hatten wir doch die Enwicklung (oder besser Nicht-Entwicklung) positiver eingeschätzt, als sie dann verlaufen ist. Bei fast jeder Ausgabe hatten wir das chronische Problem, nur selten Diskussionspapiere oder Auseinandersetzungen zugeschickt bekommen zu haben.

Das allein war für uns noch kein Grund, das Projekt in Frage zu stellen. Dazu kam aber, daß sich die ökonomische Situation der Zeitung seit ihres Bestehens kaum verbessert hat. Wir haben von keiner Ausgabe mehr als 300 Stück verkauft – oft weniger. Das ist zu wenig, um die Herstellungskosten wieder hereinzubekommen.

Das Zusammenkommen dieser beiden Faktoren hat uns schließlich bewogen noch einmal neu über die weitere Existenz der Ωhm nachzudenken.

Während dieser zwei Jahre hat sich andererseits einiges auf dem Hamburger Zeitungsmarkt getan. Vor allem wäre da die Entwicklung der 17°, des Schanzenlebens und der Zeck zu nennen. Diese Zeitungen repräsentieren teilweise Themen und Inhalte, die auch in der Ωhm zu finden waren oder, die von uns angestrebt wurden. Speziell hat sich die Zeck vom Flora- und Stadtteilinfo immer mehr zu einer Zeitung frt autonomen oder linksradikalen Szene Hamburgs entwickelt, die ihre Themen nicht mehr auf das Viertel beschränkt.

In dieser Situation halten wir es nicht mehr für sinnvoll, mit der Produktion der Ωhm eine weitere Zeitung zu den bereits existierenden hinzuzufügen und geben hiermit das (vieleicht ja auch nur vorläufige) Ende der Zeitung bekannt.

Unseren AbonnentInnen machen wir den Vorschlag – soweit sie das wollen – ihnen in Zukunft die Zeck zuzuschicken, da wir denken, daß diese Zeitung die größte inhaltliche und thematische Nähe zur Ωhm hat und die Abogelder damit einem unterstützenswerten Projekt zugute kommen.

Die Ωhm-Redaktion



Die unendliche Geschichte des alltäglichen Sexismus, Teil XXX

Nachtrag zum Auftritt von "Heiter bis Wolkig" am 7.2.1994 in der Flora

Die meisten von euch werden die "Geschichte" schon kennen. Für die, bei denen das nicht der Fall ist, noch einmal ein kurzer Abriß der Ereignisse.

Unter dem Motto "Finale Rettungstour" trat die aus vier Männern bestehende Kölner Musik/Polit-Kabarettgruppe vor ca. 600 Menschen in der Flora auf. Lustig sollte es werden, doch uns blieb sehr schnell das Lachen im Halse stecken. Anlaß dafür waren u.a. eine Nummer in der es wohl um Telefonsex gehen sollte. Dabei fing die Frauenstimme eines Ansagedienstes zwischen den Ansagen immer wieder völlig unmotiviert an "orgastisch" zu stöhnen.

Weiter ging es mit einer verunglückten Parodie auf die "California Dream Men" (im Original: Männerstrip für Frauen aus Amiland - kotz!).
Wie die Originale schienen die vier Kölner allergrößten Spaß daran zu haben, ihre fast nakkten Männerkörper zur Schau zu stellen. Sie machten sich oder ihre Vorbilder nicht lächerlich, sondern produzierten sich selbst, wobei ihre Posen bestimmt nicht nur für eine Frau im Raum bedrohlich wirkten.

Nach der Telefonsex-Nummer folgte dann der Spruch: "Ohje, das gibt jetzt Ärger mit dem Frauenplenum."

Schon alleine dieser Spruch ist zuviel; zeigt er doch auch, daß die Vier sehr wohl wissen, daß sie "irgendwas" falsch machen. Auch oder gerade unter dem Mantel des Kab[illegible] nicht minder dis[illegible]d Bes[illegible] Strukturen, die sich Frauen oftmals als Reaktion auf vorhandene sexistische Verhaltensweisen von Männern in der "Radikalen Linken" geschaffen haben, werden damit lächerlich gemacht. Jegliche zu erwartende Kritik wird damit außerdem von vornherein ins Lächerliche gezogen; potentielle KritikerInnen dadurch abgeschreckt. Es stellte sich heraus, daß unsere Kritik nicht nur ins Leere, sondern ins Hohle [illegible] leid[illegible] [illegible] davon später ...

Pause. Wir waren wütend, fühlten uns angesichts der johlenden Massen ohnmächtig und traurig. Schauten uns um. Einige Frauen gingen. Es bildeten sich keine diskutierenden Grüppchen, jedenfalls für uns nicht sichtbar. Zweifel an unserer Wahrnehmung stiegen mal wieder in uns hoch. Was konnten wir tun? Sollten wir einfach gehen? Unsere Wut runterschlucken, wie wir das leider immer wieder tun?

Die nächste Nummer brachte das Faß zum überlaufen. Dargestellt wurde eine Vergewaltigungszene. Die Rufe aus dem Publikum: "Härter, tiefer!" Einfach ekelhaft, abstoßend, widerlich und verletzend! Wir fingen an zu rufen und zu schreien (aufhören etc.). Dann kamen Einzelne zu uns, die dem, was sich da auf der Bühne abspielte auch nicht mehr tatenlos zusehen wollten. Wir redeten kurz und kamen überein, auf die Bühne zu gehen, um zu sagen, daß wir die Flora jetzt verlassen würden, weil wir die sexistische Scheiße, die uns dort geboten würde nicht mehr ertragen könnten, denn wir wollten, daß so etwas in der Flora nicht einfach unkommentiert weitergehen kann.

[illegible] (Frauen und Männer) nahmen unseren Mut zusammen und gingen auf die Bühne und unterbrachen die Show und sagten unsere Meinung. Von den Männern von "Heiter bis Wolkig" kamen die üblichen Ausflüchte, sie wollten doch nur die deutsche Realität darstellen, außerdem beanspruchten sie die Freiheit der Kunst für ihren platten Sexismus.

Traurig genug, doch die Zwischenrufe aus dem Publikum hätten wohl heftiger nicht sein können: "Scheiß-Lesben, E-manzen, Schwanz-ab-Weiber, Fotzen, mehr Humor bitte, Zensur usw. (daß damit ausschließlich die Frauen auf der Bühne gemeint sind ist ja wohl klar)."

Hier sei noch bemerkt, daß es nicht nur Männer waren, die uns auf diese primitive Art und Weise beschimpften. Eine Bierdose flog. Das wir angesichts dieser Reaktion Angst bekamen, müssen wir wohl kaum noch anmerken. Wir waren fassungslos und sahen nach kurzem Hin und Her nur noch zu, daß wir von der Bühne runter und aus der Flora raus kamen. Aus dem Seiteneingang, versteht sich!

[illegible] wie eine [illegible] halt so [illegible] der Flora [illegible] Das [illegible] zeigen [illegible] entare [illegible] seitens. [illegible] st in [illegible] gliche [illegible] ob es [illegible] h ist, [illegible] die Bühne zu [illegible] na-tisieren. Die dumme und primitive Reaktion der meisten [illegible] der anwesenden Menschen hat uns gezeigt und spüren lassen in [illegible] e Richtung da aufgeheizt wurde und auf wessen Kosten dieser platte Humor ging.

[illegible] sind mehr als [illegible] [illegible] was passiert ist

Losgelöst von diesem konkreten Vorfall stellen sich für uns darüber hinaus noch weitere Fragen. Diese Veranstaltung macht für uns einen Widerspruch deutlich, der krasser als an diesem Montag wohl kaum hätte zutage treten können: Einerseits die Menschen, die Flora machen mit all ihren Ansprüchen, andererseits diejenigen, die Flora konsumieren, weil es wohl im Augenblick ganz schick ist, sich in diesem "pittoresken Abbruchambiente" (Zitat Morgenpost) aufzuhalten.

Flora bedeutet für uns immer noch mehr, d.h. vor allem ein Raum, der sich durch weitgehenste Abwesenheit von Rassismen und Sexismen von anderen öffentlichen Räumen abheben muß. Das scheint vielen nicht mehr oder noch nicht klar zu sein, ansonsten hätte so etwas in der Form dort nicht "passieren" können.

Wohin geht die Entwicklung in der Flora? Ist nicht jetzt der Punkt erreicht, wo die Auseinandersetzung (noch einmal) geführt werden muß über "Kommerz-Veranstaltungen", Drogenkonsum, Konsumhaltung? Es kann nicht angehen und ist unerträglich, daß Menschen, die ihre berechtigte Kritik äußern, die Flora durch den Seitenausgang verlassen, weil sie Angst haben müssen angegriffen zu werden.

Die Spaßverderberinnen

P.S. Dank an die Menschen, die dann nach weiteren drei bis vier Stücken dafür gesorgt haben, daß nach diesem Desaster wenigstens nicht auch noch Zugaben gegeben wurden und an all die, die uns im nachhinein in unserem Verhalten bestärkt haben.

SEXISMUS (der), Haltung, Grundeinstellung, die darin besteht, einen Menschen allein auf Grund des Geschlechts zu benachteiligen; insbesondere diskriminierendes Verhalten gegenüber Frauen.

Heiter bis Wolkig - Freiraum für "echte" Männer

Die Eindrücke einiger Männer zum Auftritt von "Heiter bis Wolkig"
in der Roten Flora

Am 7.2. fand in der Roten Flora eine Veranstaltung der Kölner Männer "Kabarett" Gruppe "Heiter bis Wolkig" (HbW) statt. Im Laufe des Abends sorgten HbW gemeinsam mit einem aufgeputschten und begeisterten Publikum dafür, daß die "bundesdeutsche" Realität in Form von sexistischer Männergewalt und sexistischer Heiterkeit sich sowohl auf der Bühne als auch in der gesamten Halle wiederspiegeln konnte. Diese bittere Realität wollten HbW - nach ihren Angaben - auch darstellen, um auf diesem Wege ihre Kritik an den herrschenden Verhältnissen aufzuzeigen, was allerdings kläglich mißlang.

Was war geschehen:
Ca. 500-600 Menschen, viele saufend und kiffend, obwohl in der Flora kein Alk verkauft wurde, drängten sich in der Halle. In einer Laßt-Uns-Spaß-Haben Stimmung und enger, aufgeheizter, aufgeputschter Atmosphäre beginnt die Show von HbW. Die von Männerphantasien und Schwanzfixiertheit geprägte Darstellung, HbW im "Versuch" Sexismus kabarettistisch dar- und bloßzustellen, spricht offensichtlich große Teile des v.A. männlichen Publikums an: große Freude und Zustimmung bei der Darbietung von sexistischer Männergewalt - Bierzeltstimmung. U.A waren hierbei negative "Highlits": ein Telefon-Hotline Sketch, der wohl eine Parodie auf Telefonsex darsteleln sollte und vor allem der Kommentar eines Typens auf der Bühne, der vielleicht Ergebnis von Frauenunmutsäußerungen war: "Das gibt wohl Ärger mit dem Frauenplenum"; eine vorgetäuschte Plenumssituation, wo drei Männer sinnigerweise "Flick, Fick und Fuck" hießen (wie witzig); eine California-Dream-Men Imitation in der die Männer selbstgefällig und scheinbar auch zum eigenen Vergnügen, kaum bekleidet, aber teilweise mit riesigen Schwänzen versehen, über die Bühne stolzierten und sich dabei vom Publikum feiern ließen. Eine Distanzierung von den dargestellten Inhalten war für uns, nicht nur in diesem Sketch, nicht erkennbar.



Als schließlich nach der Pause die Darstellung einer Vergewaltigung folgte und von Typen aus dem Publikum inbrünstig mit "tiefer...fester" angefereurt wurde, kam es zu Gegenreaktionen vor allem von Frauen. Nachdem HbW dennoch unbeirrt ihr Programm weiter durchzogen, trafen sich einige Frauen und Männer, die diese ganze Scheiße nicht hinnehmen konnten und wollten, um dann gemeinsam auf die Bühne zu gehen, ihren Protest zu formulieren und dann die Veranstaltung zu verlassen. Als sie auf der Bühne standen - die Show also unterbrochen war - und erklärten, daß dies alles platt und sexistisch



sei, kam im Publikum Lynchstimmung auf. Der Versuch, offen Kritik zu äußern, löste beim Publikum heftigste Reaktionen aus. Massive Beleidigungen ("Rassisten","Scheiß-Emanzen" waren noch das harmloseste) bis hin zu Gewaltandrohungen, machten jede Kritik unmöglich. HbW verteidigte "Die Feiheit der Kunst" und behaupteten , die KritikerInnen hätten sie nur nicht richtig verstanden (im Gegensatz zum Publikum?) Auch verwiesen sie die Frauen auf eine mögliche Diskussion nach dem Ende der Show.

Zu den Drohungen und sexistischen Sprüchen aus dem Publikum verhielt sich nur ein Mitglied der Gruppe, der lediglich meinte: "Diese Sprüche waren Scheiße", um aber anschließend mit dem Restprogramm weiterzumachen.

Als HbW weiterspielten, traf sich eine Gruppe von Menschen, wieder vor allem Frauen, vor der Flora und beschloß nach kurzer Diskussion, HbW zum Abbruch ihrer Show zu zwingen. Sie machten das Licht in der Halle an und gingen zur Bühne. Zeitgleich beendeten HbW ihr Programm, sodaß es unklar ist, ob es durch diese Aktion verkürzt wurde. Es folgte eine aufgeregte Diskussion in der Halle.



Offener Brief an "Heiter bis Wolkig" zum Auftritt am 7.2.94 in der Roten Flora

"Heiter bis Wolkig" - links, lustig, kritisch und immer gut für einen netten Abend im Kreise unserer "Lieben". Mit dieser Vorstellung im Kopf sind wohl die Meisten am besagten Montag in die Flora gekommen.

Mit "Zehn kleine Nazischweine" (eine Kritik hieran ersparen wir uns `mal) war dann auch schnell der Minimalkonsens aller gefunden, die Stimmung entsprechend ausgelassen, und so ein Wir-Gefühl zwischen euch und dem Publikum hergestellt. Die Sympathie mit den von euch dargestellten Charakteren hielt aber auch da noch an, wo eigentlich ein Bruch erfolgen sollte und ihr den widerlichen, deutschen Alltag mit all seiner Brutalität, Frauenverachtung, seinem Rassismus, der banalen Berieselung durch die Medien etc. aufzeigen wolltet. Es waren vorwiegend Typen, denen das Lachen bestenfalls kurz im Halse steckenblieb, die sich daraufhin aber nicht zu schade waren, über rassistische wie frauenverachtende Witze zu lachen und selbst die dargestellte Vergewaltigungsszene ("Lindenstraße"), johlend und sexistische Sprüche schreiend, nur in Bezug auf ihren Unterhaltungswert registriert haben.

Die Botschaft, die hier ankam, war: Heute dürfen Typen mal ihre ganze sexistische Kacke ausleben, jetzt lachen wir `mal über Männergewalt.

Dieses Publikum, das sich größtenteils als politisch links versteht und von dem viele so großen Wert darauf legen sich, sowohl äußerlich als auch in ihren Inhalten von der Ggesellschaft abzugrenzen und hervorzuheben, dieses Publikum hat an diesem Abend mehr als deutlich gemacht, daß die meisten von ihnen ein mindestens ebenso menschenverachtendes, sexistisches und unlaublich dummes Verhalten drauf haben, wie die, die sie bekämpfen.

Wir wolen euch gar nicht die Motivation unterstellen, dieses Verhalten bewußt provoziert zu haben. Aber ihr habt kein Stück auf die Wirkung eurer Sketche im Publikum geachtet, so daß euer Auftritt voll nach hinten losging!

Selbst wenn wir unterstellen, daß ihr weder die beschissenen Sprüche noch die Protestrufe einiger Frauen registriert habt, und euch außerdem entgangen ist, daß schon zur Pause diverse Leute gegangen waren, so hätte euch die Reaktion auf die "Unterbrechung" des mehr als fragwürdigen Spektaktels doch irgendwann zu denken geben müssen. Aber stattdessen habt ihr euch auf die Seite der gröhlenden Menge gestellt und nur einer von euch sah sich genötigt, eine zarte, eher formale Kritik an der Reaktion aus dem Publikum zu äußern. Die anderen haben sich hinter die Bühne verpißt und waren mit der Situation sichtlich überfordert.

Die Tatsache, daß ihr euer Programm fortgesetzt habt, zeigt, wie wenig Wert ihr auf das Vermitteln eurer Inhalte legt und daß ihr scheinbar keine Probleme damit habt, zur Unterhaltung eines derart motivierten Publikums beizutragen. In Anbetracht der Tatsache, daß ihr euch mit eurem Programm genau dagegen wendet, seid ihr für uns in jeder Beziehung unglaubwürdig.

Sicher seid ihr nicht für euer Publikum verantwortlich zu machen, doch tragt ihr in eurer Funktion als Kabarett Gruppe eine Verantwortung, die sich nicht mit dem Todschlag-Argument von der Freiheit der Kunst abtun läßt (sonst macht doch `mal ein paar Witze über die Morde von Mölln und Solingen).

Mag ja sein, daß wir einfach nicht kapieren, was z.B. an der Namensgebung "Flick, Fick, Fuck..." gesellschaftskritisch ist, das Publikum hat aber offensichtlich noch viel weniger geschnallt.

Diskriminierung jeglicher Art in Form von Parodien, darggebracht von Männern, die selbige Unterdrückung nie selbst erfahren haben können, wird und muß immer schräg erscheinen.

Ihr wolltet mit der Show provozieren und das habt ihr auch geschafft. Ihr habt die Menschen provoziert, die irgendwann angewidert abggehauen sind und

habt die Unterbrechung des Programms provoziert, nur daß ihr absolut unfähig wart, damit umzuggehen. Hättet ihr das Thema "Faschismus" in einer derartigen Form behandelt. dann wären wahrscheinlich Bierflaschen geflogen, aber so waren "nur" Frauen das Ziel, wobei euch die Solidarität vieler Männer sicher war (wenn ihr sie in dieser Form vielleicht auch nicht haben wolltet).

Wenn es euch bei der dann folgenden Ausenandersetzung um

mehr ging, als nur bei der Hambuger Szene nicht verschissen zu haben, dann könnt ihr nicht einfach das Maul halten, wenn als Reaktion auf die Kritik von der Bühne z.B. der absolut dümmliche und dazu unpassende Rassismus-Vorwurf folgt (von den anderen Sprüchen ganz zu schweigen).
Wir fordern euch auf, euer Verhalten und das gesamte Programm nicht nur in Bezug auf die genannte Kritik zu überdenken. Und die von euch, denen das Thema nicht völlig am Arsch vorbeigeht, fordern wir auf, kurzfristig die Konsequenzen zu ziehen und eure Tour abzubrechen.
Dabei halten wir es für wenig sinnvoll und außerdem für ziemlich billig, sich das OK von ein paar Frauen einzuholen, denn es soll tatsächlich möglich und sogar sinnwoll sein, solche Themen ausschließlich unter Männern zu diskutieren (oder braucht ihr bei anderen Konflikten auch immer erst einen Schlag vor die Nase mit anschließender Therapie, bevor ihr euer Verhalten ändert?).
Auch wir haben die antipatriachale Weisheit bestimmt nicht mit Löffeln gefressen, werden aber auch weiterhin unser Verhalten und das anderer Männer diebezüglich infrage stellen.

In der Hoffnung, daß wir uns das nächste Mal nicht auf der Bühne wiedersehen müssen.

einige Männer vom Montag

Welch nettes Briefchen! Es lebe die Männersolidarität! die Säzzerin

Heiter bis Wolkig als Unwetter !

Um es gleich vorweg zu nehmen:
Ich habe die Vergewaltigungsszene nicht gesehen, "trotzdem" steht für mich die Solidarität mit den Frauen im Mittelpunkt, die sich so sehr angegriffen fühlten, daß sie den Mut fanden auf die Bühne zu gehen und dort ihre Wut zum Ausdruck gebracht haben (obwohl sie nicht mit einer breiten Zustimmung im Publikum rechnen konnten).

Ich habe fast die ganze erste Hälfte von HbW gesehen, Langeweile und müdes Lächeln wechselten sich ab. Dann das eine oder andere Fragezeichen in meinem Kopf darüber, was wollen die 4. mir (Frau) sagen, wenn sie ohne jegliche Komik den Studenten parodieren, der in der Mensa erfolglos eine Frau anbaggert? Ich weiß es nicht.

Dann Telefon-Sex in der Ex-DDR - ist Realität. Richtig. Ist beschissene Realität finde ich.

Der Einheitskasper ist - irgendwie - peinlich berührt. Wo bleibt der Sinn ? Spätestens wenn dieser Einheitskasper am Ende der Szene darüber witzelt, daß diese wieder "Ärger mit dem Frauenplenum" hervorrufen wird, spätestens da geht der Schuß los - und zwar nach hinten für die Frauen. Als uns dann die phantastischen Vier mit ihren nackten Ärschen und überzogenen Schwänzen belästigten, da ist die Aussicht auf einen Tee mit Freundinnen in der Kneipe allemal erquicklicher als diese Krach-Flach- Dumm- Show.

Eine Vergewaltigungsszene scheint mir im Nachherein fast logische Fortsetzung des Vorangegangenen zu sein.

Haben die Männer (ob auf der Bühne oder im Publikum) eigentlich irgendwann einen Gedanken daran verschwendet, daß alle Frauen (auch im Publikum) Opfer von sexueller Unterdrückung und/ oder Vergewaltigung sind? Daß dies kein "Phänomen" ist, über das wir diskutieren, lamentieren und Witze reißen können, wollen? Die Frauen, die sich mit den offensichtlichen und subtilen Unterdrückungsmethoden der Männer intensiv beschäftigen, stecken oftmals sogar tiefer im Dreck als andere. Das kann z. B. heißen, die Telefon - Sexscene, die Vergewaltigungsscene etc. einfach nicht ertragen zu können, weil sie ein Angriff auf die Frauen sind und nicht - wie behauptet wird - ein Angriff auf die Frauenunterdrückung.

Wessen Wahrnehmung, wenn nicht die von den betroffenen Frauen soll denn hier Maßstab sein ?

Die Aussagen aus dem Publikum "Die verstehen ja keinen Spaß" sind angesichts der Realitäten in denen wir Frauen uns bewegen bestenfalls als vollkommen stumpf anzusehen.

Bei HbW war zu hören, "klar issas schwierig für Männer Sexismus darzustellen, aber...". So klar schien mir das an dem Abend gar nicht zu sein. "...und da muß Mann eben aufpassen, sonst ist das nicht mehr witzig". Falsch. Sondern : Sexismus ist nicht witzig.

Witzig wäre eine Persiflage auf den Versuch linker Männer sich "irgendwie korrekt gegenüber Frauen" zu verhalten oder sich ihres eigenen Sexismus bewußt zu werden, oder oder oder... Aber Sexismus im großen Deutschland als Scherz ? Ich sage nicht, daß das unmöglich ist, kann es mir allerdings überhaupt gar nicht vorstellen.

Fazit des Abends:

Das Publikum war furchtbar und hat mir (Frau) mit seinen Beschimpfungen und dem anschließenden Nichtverhalten zu den Beschimpfungen Angst gemacht.

HbW sollen entweder bei dem abgedroschenen Kanabis- Raumschiff und Plattfuß - Autonomen bleiben und so die Gröl- Sauf- Fraktion zufriedenstellen oder mal was witziges machen. Die alte Show ist gut für's Schmidt's, aber nicht für halbwegs intelligente Menschen.

Richtig gut waren die Diskussionen nach der Show in der Halle.

Gerhofstraßen-Prozeßgruppe zur Zusammenarbeit mit Jens Waßmann.

Wir wollen uns zu der Auseinandersetzung um und mit Jens Waßmann äußern.

J.W. hat sich im Frühjahr 93 zu einem mehrfachen Vergewaltiger und Frauenmörder, der seit 13 Jahren in Knast und Psychiatrie (Sicherheitsverwahrung) einsitzt, auf eigenen Wunsch beiordnen und sich erst auf massiven Druck entpflichten lassen. Der Text bezieht sich u.a. auf den Sachverhalt der beiden Flugblätter, die von verschiedenen Frauengruppen dazu herausgegeben worden sind und stellt im wesentlichen die notwendige Überprüfung unserer Entscheidungen in dem Konflikt dar.

Es ist, vorweg gesagt, nicht möglich, ein Flugblatt für die gesamte Prozeßgruppe Gerhofstr. zu schreiben. Unsere Bewertung im Umgang mit J. W. ist recht unterschiedlich. Ebenso unterschiedlich sind die Vorstellungen über die möglichen oder notwendigen Konsequenzen in dem Konflikt.
Deshalb haben Frauen und Männer getrennte Stellungnahmen geschrieben. Der Ablauf ist von den Männern geschrieben, aber von den Frauen mitdiskutiert.

In dem Prozeß waren 6 Männer wegen schwerem Landfriedensbruch, Körperverletzung und Widerstand angeklagt. Die Urteile gingen von einem Freispruch bis hin zu 16 Monaten Knast auf 5 Jahre Bewährung. Gegen das Urteil ist Revision eingelegt worden.

Stellungnahme einiger Männer aus der Prozeßgruppe.

Zum Ablauf

Wir haben uns Mitte September, nach 2 Jahren Unterbrechung, 6 Wochen vor Prozeßbeginn zum ersten Mal wieder als Prozeßgruppe getroffen. Schon vor ca. 3 Jahren war klar geworden, daß diese eine recht heterogene "Gruppe" ist, was sich im Laufe der Zeit auch nicht geändert hat. Es gab unterschiedliche Vorstellungen, wie der Prozeß zu führen sei. Es herrschte aber eine ziemliche Unlust, sich nach dreieinhalb Jahren immer noch mit dieser Anklage rumzuschlagen. Alle Angeklagten wollten den Prozeß so kurz wie möglich, mit so wenig Aufwand wie nötig, also pragmatisch abhandeln. Dies wäre weiter zu diskutieren, was wir mit diesem Beitrag allerdings nicht leisten wollen. Hier wollen wir uns ausschließlich zu den Auseinandersetzungen um und mit J. W. äußern.

Einzelne aus der Gruppe haben vorher Diskussionen mit den Frauen aus dem Büro und mit J.W. geführt. Daraus ist ein gemeinsames Treffen mit J.W. und seinem Mandanten (im Gerhofstr Prozeß), Frauen aus dem Büro und einigen aus der Prozeßgruppe entstanden. Auf diesem Treffen haben sich sowohl J.W. als auch sein Mandant der Auseinandersetzung verweigert.
Ergebnis war, J.W. wollte sein Mandat nicht abgeben und sein Mandant bestand auf freier Anwaltswahl.

Der Konflikt wurde auf dem ersten Prozeßgruppentermin zum Thema gemacht.
Fast alle verurteilten J.W.'s Verhalten im Frühjahr 93, nur einige Anwälte blieben unklar.
Zu einer differenzierten Auseinandersetzung oder gar zu gemeinsamer Bewertung kam es in der Prozeßgruppe nicht.

In dem Konflikt zur weiteren Zusammenarbeit der Prozeßgruppe gab es unterschiedliche Positionen:

1) Keine Zusammenarbeit, solange der deutlich zu Tage getretene Widerspruch zu J.W. nicht geklärt ist. Er soll sein Mandat im Gerhofstr Prozeß niederlegen, bis parallel eine inhaltliche Auseinandersetzung über sein Verhalten und um Männergewalt geführt wird. Die Argumentation dafür war, daß J.W. mit der Übernahme des Mandates (Vergewaltiger und Frauenmörder), und in der Auseinandersetzung im Büro eine Haltung gezeigt hat, wozu er sich äußern muß und womit auch die Prozeßgruppe konfrontiert ist.
Durch die kurze Zeit bis Prozeßbeginn ist eine gemeinsame Klärung vor der Prozeßvorbereitung nicht möglich.
Es ging nicht um den Rausschmiß aus der Scene und den grundsätzlichen Boykott von J. W. Es soll mit ihm diskutiert werden, da es eine lange gemeinsame Erfahrung mit ihm gibt.
Es geht um eine Auseinandersetzung, die nicht konsequenzenlos ist, aber den Menschen sehr wohl Fehler zugesteht; bei der es nicht um Scheinklarheiten geht, sondern um Veränderung. Dafür sollte Zeit sein, ohne den Druck des Prozeßbeginns.

2) Ein Teil der Prozeßgruppe war gegen eine Mandatsniederlegung mit nochmal völlig unterschiedlichen Positionen:

- Jeder Angeklagte hat das Recht, sich seinen Anwalt selbst auszusuchen. Diese Wahl haben andere zu akzeptieren.

- J. W. ist ein linker Anwalt und Genosse; es gibt über Jahre gute Erfahrungen. Er muß an diesem Punkt zwar klar kritisiert werden, was aber nicht zwingend seinen Rauswurf erfordert.

- Andere Anwälte haben auch Leichen im Keller. Es macht keinen Sinn J. W. als Sündenbock abzustempeln.

- Es ist nur noch wenig Zeit, er kann erstmal bleiben unter der Bedingung, daß parallel die Auseinandersetzung läuft.

- Warum soll ein zwangsweise zusammengewürfelter Haufen diese Auseinandersetzung zum Hauptpunkt machen, wenn es sonst keine öffentliche Reaktion gibt.

Es war keine gemeinsame Lösung in der Prozeßgruppe möglich. Um die Prozeßgruppe nicht zu sprengen, ließen wir uns auf folgenden Kompromiß ein:
Die Auseinandersetzung um sein Verhalten findet vorläufig parallel zur Prozeßvorbereitung statt.

Daraufhin überlegten einige, die Prozeßgruppe zu verlassen, was sie aus Solidarität mit den Angeklagten und übrigen UnterstützerInnen dann doch nicht taten.

Am 9.11.93 war der erste Prozeßtermin. Der Termin für die parallele Auseinandersetzung ist von J. W. 6 Wochen verschleppt worden. Erst auf nochmaligen massiven Druck kam es einen Tag nach Prozeßbeginn zu einem gemeinsamen Treffen, an dem die meisten Frauen der Prozeßgruppe nicht mehr teilnehmen wollten.
Zentraler Punkt in der Auseinandersetzung war die Verteidigung von Vergewaltigern. Hier hat J. W. zum erstem Mal gegenüber Teilnehmern der Prozeßgruppe Stellung zu dem Fall bezogen.

Am ersten Prozeßtag wurde unter anderem eine Zeugin der Anklage von J. W. vernommen. Viele haben diese Zeuginvernehmung als unerträglich empfunden. Die Kritik bezog sich nicht darauf, daß eine Zeugin der Anklage konsequent befragt wurde, sondern auf den herabwürdigenden und sexistischen Stil der Befragung (Dies war auf dem parallelen Treffen mit J.W. kein Thema).
An dieser Kritik hat es in der Prozeßgruppe dann geknallt. Die Eskalation führte dazu, daß von den beteiligten Frauen die Zusammenarbeit mit J. W. in der Prozeßgruppe aufgekündigt wurde.
Ein Teil der anwesenden Männer fand die Kritik richtig, andere haben sich für die weitere Mitarbeit der Frauen und deshalb gegen J.W. entschieden.
Die daraufhin unter den beteiligten Männern, J.W. und einigen der Anwälte angesetzte Auseinandersetzung ging um die Art und Weise, wie Belastungszeuginnen befragt werden können, ohne das gesellschaftliche Verhältnis zwischen Männern und Frauen zu reproduzieren.

Bewertung

Wenn im folgenden von "wir" die Rede ist, dann sind damit einige Männer aus der Prozeßgruppe gemeint. Die Punkte, die wir zusammentragen, sind z.T. erst während der Nachbereitung in dieser Form diskutiert worden. Größtenteils konnten wir nicht auf gemeinsam geführte Diskussionen unter uns Männern in der Prozeßgruppe zurückgreifen. Erst beim Schreiben dieses Papieres haben wir gemerkt, wie unterschiedlich die Motivationen waren, sich mit dem Konflikt auseinanderzusetzen.

J. W. hat sich im Frühjahr '93 zu einem Mehrfachvergewaltiger und Frauenmörder beiordnen lassen, der seit 13 Jahren im Knast und in der Psychatrie (Sicherheitsverwahrung) einsitzt. Die Mandatsübernahme bedeutete in diesem Fall, zu prüfen, ob dieser Mann aus der Psychatrie entlassen werden soll oder nicht. Das heißt, der Anwalt muß bzw. soll feststellen, ob der Mandant noch gefährlich ist und eine Bedrohung für Frauen darstellt. Im konkreten Fall wurde schon früh deutlich, daß der Mann immer noch zu seiner sexistischen Haltung steht.
J.W. machen wir zum Vorwurf, daß er die Auseinandersetzung um Patriarchat/Sexismus nicht in einem Kollektiv geführt hat und sich inhaltlich nicht von seinem damaligen Mandanten distanziert hat.
Wir gehen davon aus, daß sich Menschen verändern können, und es legitim und möglich sein kann, dies zu überprüfen. Aber wir wissen, daß die partriarchale Zurichtung unser Bewußtsein prägt und sexuelle Gewalttaten kaum wahrgenommen werden.
Deshalb können Einschätzungen über Veränderungen von sexistischen Gewalttätern nicht von Einzelnen, sondern nur kollektiv getroffen werden und müssen öffentlich vertreten werden. Mit kollektiv meinen wir hier, daß dies nicht nur von Männern, sondern nur zusammen mit Frauen entschieden werden kann.

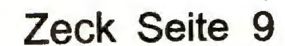
Als J.W. Mitarbeiterinnen von ihm verlangten, das Mandat niederzulegen, hätte er seine Beweggründe offen machen und in einer gemeinsamen Diskussion seine Haltung in Frage stellen lassen müssen. Das hat er nicht getan. Damit blieben den Frauen im Büro nur wenig Möglichkeiten, den Druck zu erhöhen, um die Mandatsniederlegung zu erreichen. Sie verweigerten J.W. die Mitarbeit. Erst danach legte er das Mandat nieder, wobei die schriftliche Begründung deutlich macht, daß er einzig und allein auf Druck reagierte und nicht, daß für ihn ein solches Mandat aus inhaltlichen Gründen nicht in Frage kommt.

Auch in der Prozeßgruppen-Auseinandersetzung mit J. W. ist deutlich geworden, daß er mit uns nicht inhaltlich diskutieren wollte. Ihm scheint nicht klar geworden zu sein, daß er mit allen Beteiligten der Prozeßgruppe in einem auch politischen Verhältnis steht und er um eine Auseinandersetzung nicht herumkommt. Er hat versucht, vieles/alles zu seiner Privatangelegenheit zu machen, über die er uns keine Rechenschaft schuldig ist.

Ein Vorraussetzung für eine Auseinandersetzung mit ihm war, auch wenn alle ein unterschiedliches Verhältnis hatten (persönliche Bezüge, langjährige gemeinsame politische Arbeit etc.), daß J. W. die Vertretung des Vergewaltigers und Mörders niederlegt hat und damit überhaupt Raum für Auseinandersetzungen geschaffen war.

Die Bedingung für einige von uns zu akzeptieren, daß J.W. als Anwalt im Gerhofstr Prozeß bleibt und eine gemeinsame Prozeßvorbereitung stattfindet, war parallel die anstehende Auseinandersetzung zu führen. Das schien für uns die einzige Möglichkeit, die Prozeßgruppe arbeitsfähig zu halten. Wir wollten, daß J.W. sich der Kritik öffnet und sich auf unsere Fragen einläßt. Die Diskussion sollte dann mit der gesamten Prozeßgruppe zusammengeführt werden, um zu entscheiden, ob eine weiter Zusammenarbeit möglich ist.

Wir hatten die Vermutung, daß es zum Teil Ängste/Blockaden waren, und nicht der Unwille, sich auseinanderzusetzen, die es ihm schwierig machen, sich offen auf die Diskussion einzulassen. Nicht zuletzt auch deswegen, weil wir selbst Situationen kennen, in denen wir es nicht geschafft haben, ohne das



Gefühl des Ausgeliefertseins vor mehreren Leuten über unsere Fehler zu sprechen. Wir wollten ihm die Möglichkeit schaffen, eine genaue Diskussion jenseits von Trotzhaltung und gekränktem Stolz zu führen. Wir konnten uns kaum vorstellen, daß jemand, der sich seit Jahren in Scenezusammenhängen bewegt, nicht versteht, warum Frauen mit kämpferischen Mitteln agieren, wenn Mann sich zu einem Vergewaltiger und Frauenmörder beiordnen läßt.

Es bestand die Möglichkeit, in dieser Diskussion (hauptsächlich von Männern getragen) die bestehenden unterschiedlichen Positionen zu Sexismus zu klären. Wir wollten die uns bekannte übliche Konfliktentwicklung bei derartigen Auseinandersetzungen durchbrechen, indem wir von uns aus Vorschläge machten, die Prozesse in Gang setzen, die genaues diskutieren möglich machen, jenseits von einfachen Lösungen. Wir wollten andere Möglichkeiten, als J.W. von vornherein zu isolieren und aus unseren Zusammenhängen auszuschmeißen.

Diesen Raum für Diskussion nicht zu schaffen, wäre für uns Männer verlogen gewesen, hätte unsere eigene Geschichte verleugnet und wäre im Grunde nur opportunistisch gewesen.
Zu unbewußt gehen auch wir als linke Männer häufig an Probleme heran, die sich aus der patriarchalen Ausrichtung dieser Gesellschaft ergeben. Beispielhaft sei hier nur die Zeuginvernehmung durch J.W. am 1. Prozeßtag genannt, die in erster Linie von den Frauen der Prozeßgruppe als herabwürdigend und sexistisch bezeichnet wurde. Ein Großteil der Männer mußte hierauf erst gestoßen werden. Daß unter diesen Voraussetzungen in diesen Auseinandersetzungen, die Grenze zu Männerkumpanei und antipatriarchaler Diskussion als Alibifunktion fließend ist, daß ein Verlust an inhalticher Schärfe riskiert wird, ist uns zwar bewußt, doch ist es zum Teil eben nur theoretisches Wissen.

Die Haltung, mit der viele von uns in die Prozeßvorbereitung gingen, war dadurch bestimmt, den Prozeß möglichst reibungslos und ohne Gesichtsverlust hinter uns zu bringen. Das und das Bedürfniss den Prozeß gemeinsam zu führen hat bewirkt, daß wir allzu schnell die Diskussion um/mit J.W. ausgelagert haben. Wir hätten eine heftige, vielleicht auch die Prozeßgruppe sprengende Debatte über das Verhalten zu Vergewaltigerverteidigern/Beigeordneten riskieren können.
Das hat dazu geführt, daß wir keine klaren inhaltlichen und zeitlichen Bedingungen des Kompromisses festgelegt haben. So waren wir zum Beispiel nicht in der Lage, nach 3 Wochen auf einer sofortigen Auseinandersetzung in der Prozeßgruppe zu bestehen.

Das Gespräch, das endlich nach sieben Wochen mit J. W. stattfand, ist nicht über einen Anfang hinausgekommen und hat in diesem Rahmen keine Fortsetzung gefunden. Wir konnten nur ansatzweise mit ihm über seine Beweggründe, sich beiordnen zu lassen, diskutieren. Dabei haben wir seine Argumentation zu einfach durchgehen lassen, daß für ihn seine langjährige Auseinandersetzung um Psychiatrie der Beweggrund gewesen ist, sich mit dem Fall zu beschäftigen. Die Diskussion konnte deshalb auch im konkreten Fall nur an der Oberfläche bleiben. Sie konnte nicht klar machen, wie es kam, daß er einerseits den Fall übernommen hatte, obwohl der Vergewaltiger seine sexistische Haltung weiter deutlich gemacht hat, J. W. aber andererseits behauptet, keinen Vergewaltiger vor Gericht im ersten Verfahren verteidigen zu wollen.
Ein Ziel war es, eine allgemeine Diskussion zu dem Thema anzuschieben. Wir sind zu schnell auf die Problematik gekommen, wie Anwälte mit Fällen umgehen sollen, für die es keine diskutierten "Richtlinien" gibt(was wir für diesen Fall nicht so sehen).

Unsere vorläufig abschließende Bilanz ist, J.W. reagiert immer nur dann, wenn er mit dem Rücken zur Wand steht.
So z.B. als er gezwungen wurde, das Büro zu verlassen, oder das Gespräch mit Teilen der Prozeßgruppe zu führen. Danach versucht er den Konflikt als erledigt anzusehen, ihn unter den Teppich zu kehren.
Das wollten wir nicht hinnehmen. Er muß endlich öffentlich Stellung beziehen, sich dem Konflikt öffnen und glaubwürdig seine Bereitschaft und sein Bemühen darstellen, daß er sein Verhalten ändern will. Nur das kann Grundlage für eine vielleicht mögliche neue Zusammenarbeit sein.
Aber das zu beurteilen muß ein kollektiver und öffentlicher Prozeß sein.



Stellungnahme der Frauen aus der Prozeßgruppe:

Es gibt keine Rechtfertigung und kein Verständnis für das Verhalten von J.W.. Weder für die Verteidigung/Beiordnung eines Vergewaltigers noch sein Arbeitgeberverhalten gegenüber den Mitarbeiterinnen in seinem Büro, was sein sexistisches Verhältnis zu Frauen fortsetzt. Wir hätten von Anfang an auf einer Entscheidung in der Prozeßgruppe bestehen müssen.

Diese Bewertung ist unser Resultat jetzt, nachdem es diverse Versuche gegeben hat, J.W. zu einer Stellungnahme und Auseinandersetzung zu bewegen.

Wir wollten diese Auseinandersetzung, weil er seit Jahren Anwalt der linken Scene ist und viele mit ihm zusammen gearbeitet haben. Ihn einfach aus der Scene rauszuwerfen, ohne den Versuch gemacht zu haben, daß er in einem Prozeß von Kritik und Auseinandersetzung sein Verhalten ändert, war keine Lösung für uns.

Nach den Auseinandersetzungen wurde klar, daß es sich nicht um einen "Fehler" oder Orientierungslosigkeit von J.W. handelt, sondern daß es um sein grundsätzliches Verhältnis zu Frauen ging und geht.

Zu Beginn der Prozeßgruppenarbeit gab es die Forderung:
J.W. soll sein Mandat im Gerhofstr,-Prozeß niederlegen und solange keine politischen Prozesse führen, bis diese Auseinandersetzung geführt ist. Erst danach wollten wir überlegen wie es weitergeht.

Die Situation auf dem 1. Prozeßgruppentreffen war völlig ätzend:

- Die Prozeßgruppe bestand aus 5 Frauen und 17 Typen
- Ein Teil der Beteiligten mußte erstmal genauer informiert werden.
- Einige haben den Zusammenhang zwischen der Prozeßarbeit und der Kritik an J.W. nicht gesehen.
- J.W. und sein Mandant fanden die Forderung völlig abwegig.
- Einige bestanden auf "freier Anwaltswahl" (Gedächtniszitat:" Man kann nur froh sein, daß Leute die J.W. rausschmeißen wollen und damit das Recht auf freie Anwaltswahl abschaffen, nicht an der Macht sind." z.T. Zustimmung und Beifall).
- Völlig unterschiedliche bzw. teilweise gar keine Vorstellung wie und ob überhaupt, dieser Prozeß politisch zu führen ist. (u.a. stand im Hintergrund das Angebot vom Richter, diesen Prozeß mit einem Deal kurz und "schmerzlos" abzuschließen).
- Heftigkeit der Anklage.
- Prozeßbeginn in 6 Wochen, d.h. kaum Zeit für angemessene Klärung.
- Unterschiedliche Bewertung der Auseinandersetzung mit den Bullen auf der Demo (Mackermilitanz?).

Die Diskussion endete in einer Anbrüllerei, Unverschämtheiten und Begriffslosigkeiten heizten die Stimmung an, die Diskussion war festgefahren, nix ging mehr.

Auszeit!

In kleinen Gruppen versuchten wir alle Möglichkeiten durchzuspielen:
Gruppe platzen lassen - in Kauf nehmen, daß Leute hoch verknackt werden - statt zusammen kämpfen sich bekriegen: 3 Prozeßgruppen - und dann diesen Konflikt vor Gericht gegeneinander austragen und die Schweine reiben sich die Hände.
Oder den Konflikt mit J.W. befristet auslagern, parallel dazu die Prozeßarbeit und dann neu entscheiden.

Für diese Variante haben wir uns entschieden, um handlungsfähig zu bleiben.

An dieser ausgelagerten Diskussion wollten die meisten Frauen nicht mehr teilnehmen, wir fanden es aber richtig, daß die Männer die Diskussion mit J.W. führen.
Eine von uns Frauen wollte zunächst an dieser Auseinandersetzung teilnehmen, was sie aber schließlich als Fehler begriff. - Andererseits hatte sie als Ziel aber nicht die Diskussion mit J.W. um Männergewalt, sondern sie wollte hören, ob er heute noch zu seinem Verhalten steht oder es inzwischen als falsch begriffen hat, um daran ihren weiteren Umgang mit ihm zu bestimmen.

Aber meistens kommt es anders als frau denkt.
J.W. hat alle ausgelagerten Verabredungen platzen lassen und erschien auch (bis auf einmal) nicht mehr zu den Prozeßgruppentreffen. Dies zog sich bis Prozeßbeginn hin. Daraus haben wir keine Konsequenzen gezogen, und damit den Konflikt weiter als Nebenwiderspruch behandelt.

Am ersten Prozeßtag eskalierte die Auseinandersetzung um Sexismus. J.W. verhörte eine Zeugin der Gegenseite nicht nur als Prozeßgegnerin, sondern er machte durch sein ganzes Verhörverhalten seine Verachtung gegenüber Frauen deutlich.

Was er sich uns und auch seinen Anwaltskolleginnen gegenüber nicht traut, läßt er auf seinem Terrain vor Gericht gegenüber einer Friseurin raushängen. Es ging nicht darum, eine Prozeßgegnerin in Widersprüche zu verwickeln, sondern darum, sie als Frau und Person fertigzumachen, um sich selbst daran aufzurichten.

In der anschließenden Diskussion verweigerte er sich der erneuten Kritik komplett und ließ ausschließlich die Meinung der Angeklagten dazu gelten. Auch die übrigen Typen in der Prozeßgruppe brauchten lange, um dies zu kapieren. Letzendlich hat dieser Streit das Faß zu Überlaufen gebracht. Wir haben alle Typen aufgefordert, sich zwischen uns und J.W. zu entscheiden. Daraufhin ist J.W. aus der Prozeßgruppe rausgeflogen.

Wir halten es heute für einen Fehler, daß wir nicht nach den vereinbarten 14 Tagen auf einer erneuten Diskussion bestanden haben.
Was bedeutet hätte, J.W. akzeptiert unsere Forderung. Wir haben uns auch nicht vergewissert, ob die Typen, die die Diskussion mit J.W. führen wollten, das gleiche Ziel im Kopf hatten wie wir.

Wir haben die Probleme für nicht lösbar gehalten und uns damit zufriedengegeben. Es war uns wichtiger, die Prozeßgruppe handlungsfähig zu machen und unsere Freunde in dem Prozeß nicht im Stich zu lassen, als die Forderung gegen J.W. durchzusetzen und die Gruppe damit zu sprengen.
Wir haben uns von dem Problem und der festgefahrenen Situation zu sehr bestimmen lassen, die Sache irgendwie laufen lassen und bis zum Prozeßbeginn aus der Hand gegeben.

Erst als J.W. die Zeugin befragt hat (1. Prozeßtag), wurde die Auseinandersetzung für uns wieder brisant. Er flog aus der Prozeßgruppe raus, da aber der Prozeß bereits begonnen hatte, war für uns nun die Forderung nach Mandatsniederlegung gelaufen.

Problematisch für uns war nicht nur die Zusammenarbeit mit den Männern, sondern ein gesondertes Problem war auch die Arbeit der RechtsanwältInnen untereinander.



Eine von uns konnte als Anwältin mit der Entscheidung der Prozeßgruppe, die Arbeit mit J.W. aufzukündigen nicht zufrieden sein: die juristische Zusammenarbeit war nach der bis dahin entwickelten Prozeßstrategie weiter notwendig, oder zumindest gemeinsame AnwältInnentreffen, um Absprachen zu koordinieren und Arbeit aufzuteilen. Der Prozeß war dann aber relativ schnell zu Ende. Es gab nur noch eine VerteidigerInnen-Besprechung, um die Plädoyers untereinander abzustimmen und damit war dann der "Fall" erledigt.

Beim jetzigen Stand der Diskussion in der Scene, mit und unter den AnwältInnen können wir nicht auf den sogenannten Konsens zur Frage der Verteidigung von Vergewaltigern vertrauen. Deshalb ist z.Zt. der einzige Schutz davor, an Vergewaltigerverteidiger zu geraten, sich eine linke Frau als Anwältin zu nehmen.

Wir kritisieren, daß wir Sexismus als Nebenwiderspruch behandelt haben.

Aber wir wissen in Wirklichkeit auch nicht, wie wir dieses Verhältnis von Typen und Frauen auf allen Ebenen zum Hauptwiderspruch machen. Z.B.: Antifaschismus: Typenmilitanz; Hafenstraße: Typenkultur; Beziehungen: Abhängikeit auch linker Frauen von Typen; Softies als Freunde der Frauenbewegung; Frauen die sich Souveränität und Unabhängigkeit erobern, werden teilweise selbst chauvinistisch.

Das ist die Diskussion die wir wollen und brauchen, wenn wir uns zusammen aus der Opferrolle befreien wollen!

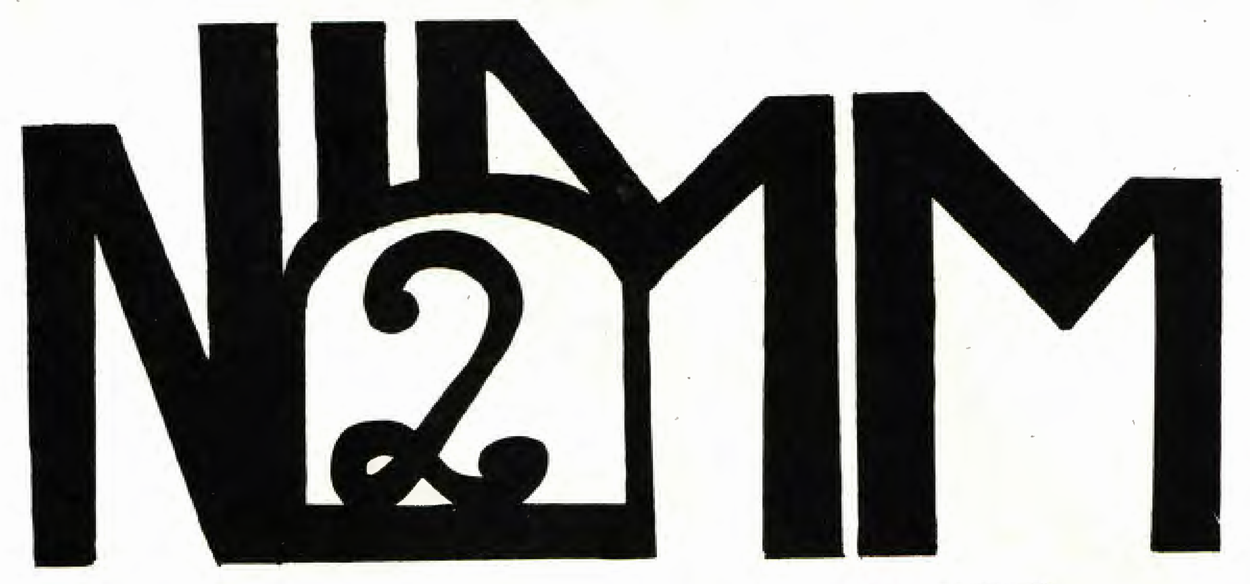
Kein Länderspiel am 20. April in Berlin!

Nachdem die Durchführung des Länderspiels Deutschland-England in Hamburg nach einem Treffen zwischen Sportfunktionären des DFB und des Hamburger Fußballverbandes mit Innensenator Hackmann Mitte Januar abgesagt worden war, weil mittlerweile selbst von offizieller Seite Sicherheitsbedenken vorlagen, holte sich Berlin wenige Tage das Spiel an Hitlers 105. Geburtstag in das Olympiastadion.
Hier eröffnete Hitler am 1.August 1936 die olympischen Spiele. Das Reichssportfeld wurde in der NS-Zeit gebaut und hatte für die NS-Diktatur repräsentativen Charakter. Die Architektur des Olympiastadions ist voller Symbole der Kriegsverherrlichung, des Totenkultes und die teilweise erhaltenen Skulpturen von SportlerInnen tragen ausnahmslos die idealisierten Züge der "nordisch-germanischen Rasse".

Wo sonst, als im Olympiastadion, ist also der gebührende Rahmen für das Sport- und Aufmarschereignis des Jahres, alles an einem Tag wie "jeder andere", wie es Sportfunktionäre, Berlins Bürgermeister Diepgen und Ignaz Bubis verkünden.
Vom verfeinerten Geschmack des Berliner Senates zeugt auch die Tatsache, daß am gleichen Tag die Verabschiedung der letzten Alliierten Truppen in einem "wahren Volksfest" stattfinden soll.
Die Briten werden sich freuen, wenn die, deretwegen sie einst gekommen waren, bei ihrem Abschied Beifall klatschen.

Seit Jahren wird Fußball von den Faschisten als Forum für rassistische und nationalistische Auswüchse benutzt, wird seit Kühnens Initiative (Rein in die Stadien) unter Hooligans für faschistische Organisationen geworben und rekrutiert. Daß dieses Spiel eine unsägliche Allianz von Faschisten, gewaltbereiten Hooligans und schwerbewaffneten Bullen anlocken wird, ist klar.

Lassen wir es nicht zu, daß Horden von Faschisten in "ihrem" Olympiastadion in "ihrer" Reichshauptstadt ungehindert abfeiern und prügeln können.
Dieses Spiel muß verhindert werden!
Kein Fußball und Fußbreit den Faschisten!
Kommt nach Berlin - achtet auf aktuelle Informationen.



Schwule mit Kinderwünschen, gemischte Wohngemeinschaften mit Sonderwünschen und Frauen mit unerhörten Wünschen, alle mit ausgeprägtem Stadtteilbezug, suchen alleinstehendes Haus in zentraler Lage.

Nachdem sich nun alle von uns den Leerstand des ehemaligen LAUE-Hauses, Schanzenstraße 56-62, seit annähernd vier Jahren mitanschauen, wäre es nun endlich an der Zeit, diesem Mißstand Abhilfe zu leisten. Nachdem sich einige von uns schon wiederholte Male darum bemüht haben, fanden wir uns erneut zu einem fest entschlossenen Grüppchen zusammen, um das genannte Haus wieder seinem Zweck zuzuführen.
Zusehends setzt der Verfall der Häuser ein und - entgegen seines vollmundigen Versprechens - hat Herr Dabelstein bislang keine Schritte unternommen, diesen Zustand zu verändern. Ebensowenig setzt sich die Stadt Hamburg dafür ein, Dabelstein dazu zu bringen, den Leerstand zu beenden.
Wir, das Bündnis NIMM 2, wollen dies nicht länger hinnehmen, wir wollen dort wohnen!
Im Folgenden informieren wir kurz noch einmal über den Rechtsanwalt Hans-Erich Dabelstein als hamburgweiten Spekulanten und über die Geschichte der von uns geforderten Häuser. Außerdem wollen wir uns und unsere Motivation, uns um die Häuser zu kümmern, kurz vorstellen.

"Ein Spekulant bin ich nicht, will nur kostendeckend arbeiten und eben Altbauten retten. Und da hat man es in Hamburg schwer."
(H.E. Dabelstein, MoPo, 21.8.1990)

Vor 5 Jahren trat Hans-Erich Dabelstein als Immobilien-Einkäufer in Erscheinung. In St. Pauli scheint sich was zu tun. Neue Kneipen, Bars und Discos machen auf. Der Kiez wird wieder zum Anziehungspunkt, lockt neue Besucher und scheint zu erwachen. Mit dem neuen Leben erwacht auch das Geld. Vieles steht leer, und das Planen neuer Großprojekte scheint nur Gewinn bringen zu können.

1. Akt: Ein großer Auftritt

H.-E. Dabelstein ist einer von denen, die hier gleich richtig hinlangen wollen. Er kauft die alte Eisengießerei in der Simon-von-Utrecht-Straße, die Bowlingbahn, das Iduna-Hochhaus am Millerntor und das gesamte Gelände der ehemaligen Ketchupfabrik Laue, an der Schanzenstraße. Ob das alles war, kann nicht mit letzter Sicherheit gesagt werden. Das Geld für diese kleinen Anschaffungen hat er angeblich von einem niederländischen Investoren-Konsortium. Dieses hat sich mit stilvoller, wenn auch alles andere als billiger, Altbausanierung einen Namen gemacht.

2. Akt: Große Pläne

Das Millerntor soll neu bebaut werden. Ein neuer Eingang zur Reeperbahn, mit Gebäuden wie aus der Fernsehserie Raumschiff Enterprise. Was mit der Eisengießerei passieren soll, weiß niemand, aber vermutlich ebenfalls etwas Großartiges.
Das Laue-Gelände soll ebenfalls komplett umgebaut werden. Hierzu entwirft das für Bürgernähe bekannte Architektenbüro "me di um" ein Gesamtkonzept mit Ladenpassage. Und der Baubehörde und dem Amt für Stadterneuerung möchte man es auch recht machen, ist Dabelstein doch bereit, alle geforderten Zusagen, sofort zu machen und sogar Sozialwohnungen zu errichten.

GROSSE PAUSE

3. Akt: Die große Ruhe

4 Jahre später:
Die Bowlingbahn ist mittlerweile mit riesigem Gewinn wieder verkauft. Das asbestverseuchte Iduna-Hochhaus dient mittlerweile als Plakatständer für Unicef-Transparente, die Eisengießerei rottet weiter vor sich hin und auf dem Laue-Gelände herrscht Leerstand in Wohn- und Gewerberäumen.

DAS LAUE DRAMA

Die Tragödie begann, als Hermann Laue 1988 seine Gewürzfabrik in der Schanzenstraße schloß und das Gelände zum Verkauf anbot.
Es wurden 20.000 qm Fläche, größtenteils mit Gewerberäumen und Produktionshallen bebaut, sowie rund 100 Wohnungen, frei. Das gesamte Gelände wurde für 17 Mio. verscherbelt. Diesen Preis zahlte der Hamburger Rechtsanwalt Hans-Erich Dabelstein an den Gewürzfabrikanten Hermann Laue, der nach langem Pokern, mit seinem Betrieb nach Ahrensburg umzog, da ihm die Schleswig-Holsteiner Behörden noch mehr Vorteile gewähren wollten, als ihm die Hamburger bereits angeboten hatten.
Aber, Spekulantentum hin oder her, hatte dieser Vertrag vorerst keine Gültigkeit. Lag doch das Gelände in einem, als solches ausgezeichneten Sanierungsgebiet, in welchem jedweder Verkauf behördlicher Zustimmung bedarf. Das heißt zwar nicht, daß die Stadt den Verkauf verbieten kann, ihr wird jedoch in so einem Fall das Vorkaufsrecht eingeräumt. Die Entscheidung, dieses Vorkaufsrecht wahrzunehmen, wird vom jeweiligen Bezirksamt, sowie von der Finanzbehörde getroffen. Im Bezug auf das Laue-Gelände plädierte das Bezirksamt Mitte, unterstützt vom Amt für

Stadterneuerung, dafür, das Gelände durch die Stadt anzukaufen. Der Finanzbehörde und dem Rest des Hamburger Senats sagte das Bebauungskonzept Dabelsteins jedoch dermaßen zu, daß sie sich weigerten, Geld zum Ankauf des Geländes zur Verfügung zu stellen.
Zu Dabelsteins Bebauungskonzept gibt es eigentlich nur zu sagen, daß dieses zu einer Zeit entstand, als Investoren und Spekulanten Morgenluft im Schanzenviertel witterten, als "Phantom der Oper", Mehrzweckhalle und andere größenwahnsinnige Ideen das Viertel zu verschandeln drohten. Es sah im Großen und Ganzen eine Ladenpassage zwischen Stern- und Schanzenstraße, sowie frei finanzierten, also nicht mietpreisgebundenen, Wohnraum vor.
Die Forderung, das Vorkaufsrecht wahrzunehmen, wurde allerdings nicht nur von einigen Behörden und ihren VertreterInnen gestellt, sondern in erster Linie von Gruppen und Initiativen aus dem Stadtteil, sowie einem Großteil der AnwohnerInnenschaft.
Klar war, das die Wahrnehmung des Vorkaufsrechtes, die Minimalforderung an die Stadt war, um für die immer wieder geforderte Erhaltung von billigem Wohnraum etwas zu tun, und nicht nur darüber zu reden. Stattdessen wurden Spekulation und Umstrukturierung hier der Weg geebnet, in der vagen Hoffnung, daß, aus reiner Menschlichkeit handelnde Privatinvestoren, dem Staat aus der Misere der verfehlten Wohnungsbaupolitik heraushelfen könnten.

Trotz Hausbesetzungen, Öffentlichkeitsarbeit, AnwohnerInnentreffen und Treffen mit BehördenvertreterInnen nimmt die Stadt ihre Möglichkeiten nicht wahr, so daß im Juli 1990 der Vertrag zwischen Laue und Dabelstein rechtskräftig wurde.
Während das Interesse der Schanzen- und KarolinenviertelbewohnerInnen nicht nachließ, und weiter alternative Konzepte entwickelt und vorgestellt wurden, tat der neue Besitzer gar nichts - und das seit fast 4 Jahren.
Sein Gesamtkonzept scheint er mittlerweile selbst vergessen zu haben, und mehrere tausend Quadratmeter Wohnraum, die mensch vor einigen Jahren noch als bezugsfertig hätte beschreiben können, rotten mittlerweile vor sich hin.

DIE STADT HAMBURG UND DAS SPEKULANTENTUM

Das Verstreichenlassen der Frist zur Wahrnehmung des Vorkaufsrechtes seitens des Hamburger Senates, wurde damals zum einen mit Geldmangel begründet, zum anderen damit, daß die Planung Dabelsteins doch recht zufriedenstellend sei.
Ob die Stadt hier mal wieder die illusorische Hoffnung hegte, ein Privatinvestor könnte sich für sozialen Wohnungsbau einsetzen, ob das Schicksal des Geländes ihnen schlichtweg egal war, oder ob eine Milieuveränderung durch Umstrukturierung in gewissen maßen sogar erwünscht war, läßt sich heute natürlich nicht mehr eindeutig sagen.

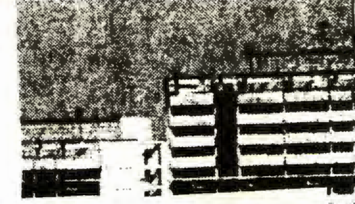


Das einzige, was sich sicher sagen läßt, ist, daß der Senat zwar seit Jahren bekundet, die Schaffung von Wohnraum sei eines der dringlichsten Probleme, die es zu bewältigen gäbe, im konkreten Falle aber, wie hier beim Laue-Komplex, Spekulanten in die Hand arbeitet, und damit Leerstand und Verfall in großem Ausmaß nicht nur billigt, sondern auch vorschub leistet und mit herbeiführt.
Wir beschreiben keine Neuigkeit, wenn wir feststellen, daß die citynahen Viertel, wie Schanze oder Altona, in ihrer Attraktivität für Yuppies und die gutverdienenende Mittelschicht enorm gestiegen sind. Hier ziehen Edelläden und Luxusrestaurants ein, Altbauwohnungen werden luxussaniert oder als Eigentumswohnungen verkauft. All dies geschieht durch die Sanierungs- und Umstrukturierungspolitik des Hamburger Senates, die Menschen mit viel Geld in Viertel ohne viel Geld locken und zwischen Nobelmenü und Kommerzkultur noch einen aufregenden Abend in der Bronx bieten.
Die "Schicki"-Kultur untergräbt mehr und mehr die alte Stadtteilkultur und für die hier lebende Bevölkerung wird das Leben unbezahlbar.
Die Stadtteilsanierung des Hamburger Senates ist nichts anderes als Vertreibungspolitik und die Zerstörung gewachsener Strukturen. In diese Politik paßt dann auch bestens das Nicht-Verhalten des Hamburger Senats zum jahrelangen Leerstand des Laue-Komplexes. Entweder wird luxusmodernisiert oder aber Wohnraum wird Leuten wie Dabelstein zu Spekulationszwecken überlassen und damit der Verrottung zugearbeitet.
Eine solche Wohnungspolitik gestaltet unseren Lebensraum derart um, daß wir in "unseren eigenen" Vierteln zu Fremden werden, bis wir sie mehr oder weniger freiwillig - meist aus Kostengründen - verlassen.
Heute bestimmt der "Wohnungsmarkt" die Ausweichquartiere. Uns bliebe die Öde der Neubauviertel, normierte Einheitswohnungen, Isolierung.
Wir wollen unsere Lebensform erhalten.
Wir brauchen Stadtteile nach unseren Bedürfnissen.
Wir brauchen instandgesetzte Wohnungen nach unseren Vorstellungen.
Wir, das Bündnis NIMM 2, wollen die Häuser in der Schanzenstraße 56-62, um unser Leben und unseren Alltag nach unseren eigenen Bedürfnissen zu gestalten.

WER WIR SIND

Das Bündnis NIMM 2 setzt sich aus zwei Gruppen zusammen, die in den Häusern, in unterschiedlichen Wohnformen, leben wollen. Wir sehen uns in der Kontinuität des früheren LAUE-BÜNDNISSES, welches sich lange

Zeit um Teile des Laue-Komplexes bemüht hat.
NIMM 2, das ist zum einen eine Frauenwohngruppe und zum anderen ein bunt gemischter Zusammenschluß von Menschen, die in einer Hausgemeinschaft gemeinsam leben möchten. Fast alle von uns wohnen und arbeiten schon seit vielen Jahren hier im Stadtteil und wollen auch hier bleiben.

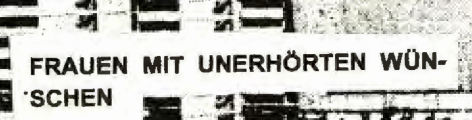


Steigende Mieten, Luxusmodernisierung und Umwandlung in Eigentumswohnungen bedrohen jedoch die Existenzgrundlage der jetzigen BewohnerInnen von Karo- und Schanzenviertel. Demgegenüber ist es für uns eine Perspektive, die ehemaligen Laue-Häuser in Zusammenarbeit mit einem Sanierungsträger instandzusetzen und zu bewohnen.

SCHWULE MIT KINDERWÜNSCHEN UND GEMISCHTE WOHNGEMEINSCHAFTEN MIT SONDERWÜNSCHEN

Wir sind eine Gruppe von 30 Leuten, die als Hausgemeinschaft zusammen leben will. Wir alle leben in diesem Stadtteil und arbeiten in verschiedenen Projekten, wie nur zum Beispiel, "Schwule Kneipe", Stadtteilkulturzentrum "Rote Flora", Kneipe "Fritz Bauch".

Wir beabsichtigen das Haus ohne große bauliche Veränderungen zu beziehen, und wollen in verschieden größen Wohngemeinschaften dort einziehen. Im Großen und Ganzen ist eine bestmögliche Ausnutzung des Wohnraumes vorgesehen, wobei wir die Gewerbefläche im Erdgeschoß als halböffentlichen Gemeinschaftsraum für Treffen, Kommunikation und Struktur, sowie für Veranstaltungen, Ausstellungen usw., nutzen wollen.
Jede Wohneinheit soll eine eigene Küche und eine eigene sanitäre Anlage erhalten. Dadurch wollen wir eine Übersichtlichkeit im alltäglichen Zusammenleben erreichen, und dabei trotzdem einen Gesamtzusammenhang erhalten, indem wir unsere kulturellen und politischen Ideen besser umsetzen können.



FRAUEN MIT UNERHÖRTEN WÜNSCHEN

Wir sind 17 Frauen, die als Wohnprojekt im Schanzenviertel zusammen leben wollen.

In einem Wohnprojekt zu leben, ist für uns eine Möglichkeit über Jahre hinweg stabile Mietpreise zu haben und uns diese auch leisten zu können.

Mit unserem Wohnprojekt wollen wir Wohn- und Lebensraum für Frauen schaffen!!!

Auch wenn einzelne von uns das Projekt verlassen besteht der neue Lebens- und Freiraum für andere Frauen weiter.
Wir wollen als Frauen zusammenleben, weil die traditionelle Kleinfamilie für uns kein akzeptables Lebenskonzept darstellt.
Ebensowenig wollen wir allein in überteuerten Ein-Zimmer-Wohnungen vor uns hinleben, sondern mit anderen Frauen im Zusammenleben die Möglichkeit haben, unsere Vorstellungen und Wünsche, die wir vom Leben haben, umzusetzen.

Dies ist aber angesichts der Lage auf dem "freien" Wohnungsmarkt für eine größere Gruppe wie uns nicht möglich. Während wir Wohnraum für unser Zusammenleben suchen, stehen hier in unmittelbarer Nähe Wohnhäuser leer und verrotten!!!
Wir fühlen uns zunehmend bedroht von steigenden Mieten, Umwandlungen in Eigentumswohnungen und allgemeiner Umstrukturierung unseres Lebensraumes.



Wir wollen eine von uns gestaltete Alternative in einer Welt, in der die Macht immer noch von Männern ausgeht. Wir wollen einen Wohn- und Lebensraum für uns, gestaltet nach unseren Bedürfnissen, um uns aufeinander beziehen zu können und so unser Leben selbstbestimmt führen zu können.

Dem Faschisten Henry Fiebig wurde die Wohnung gekündigt

Fiebig hat unlängst seine Kündigung von der GWG erhalten: wegen Störung des Hausfriedens! (weil seine Schüsse auf DemonstrantInnen zu laut waren?!)
Den Räumungsprozeß gegen die GWG hat er verloren, unklar ist, welche Frist ihm gesetzt wurde. Fiebig, der in einer Wohnung im 3. Stock in der Juliusstraße 20 (Flora-Parkbebauung) wohnte und am 11.6. letzten Jahres als Kader der faschistischen NO (Nationale Offensive) enttarnt wurde, wurde damit auf rein formaler, technischer Ebene aus dem Haus entfernt. Daß bei ihm Waffen und faschistisches Propagandamaterial gefunden wurde, daß er bei seiner Enttarnung mit Leuchtspurmunition auf die KundgebungsteilnehmerInnen schoß, spielte keine Rolle.

Neues von den Bauwagenplätzen

:

Für den 31. Januar schickte die Steg den Bauwagengruppen "Bambule", die im Karoviertel in der Vorwerkstraße seit mehreren Monaten stehen, und "Felidae", die nach Kündigung ihres Pachtvertrages für eine Fläche auf dem Schlachthofgelände kurzerhand eine neue Fläche auf dem Schlachthof besetzt hatten, Räumungsaufforderungen. Aufgrund dieser Räumungsankündigungen gab es am Abend eine Spontandemo vom Karoviertel - wo das Steg-Büro entglast wurde - ins Schulterblatt zur Steg-Zentrale, wo der Eingangsbereich in Mitleidenschaft gezogen wurde. Während "Bambule" auf dem alten Platz bis auf weiteres geduldet wird, mußte "Felidae" am 3.2., um einer Räumung zuvorzukommen, umziehen. Seitdem standen, ebenfalls vorläufig geduldet, bis zum 25.Februar auf der Freifläche Max-Brauer-Allee, Ecke Schulterblatt, wo im November das alte Möbelhaus abgerissen wurde und das anscheinend gerade in Geheimverhandlungen einem Investor für den Bau von Gewerbe- und Büroräumen verschachert wir.

Derzeit ist noch nicht klar, ob Bambule ein dauerhaftes Nutzungsrecht für ihre Fläche bekommt, "Felidae mußte mal wieder umziehen.

Aufgrund der ständigen Angriffe auf die Bauwagenplätze soll es im März eine Demo in Hamburg geben.

Für die Anerkennung des Wohnraumes Bauwagen!

Abschaffung des Wohnwagengesetzes!

Keine weitere Schikanierung und Bekämpfung Hamburger Wagenburgen und Alternativprojekte!

Zur Demo am 31.Januar gibt es eine Erklärung, die wir hier dokumentieren:

"Einige kurze Worte zu den Ereignissen am Abend des 31.1.94 in Hamburg

Nachdem sich die Nachricht einer drohenden Bauwagenräumung bzw. dem Ultimatum am Schlachthof und in der Vorwerkstraße herumgesprochen hatte, haben sich spontan einige UnterstützerInnen gesammelt. Im Verlauf einer Spontandemo wurden mehrere kleine Barrikaden errichtet und die Steg-Geschäftsstelle in der Glashüttenstraße und am Schulterblatt angegriffen. Ein Bullenwagen, der in der Bartelsstraße auf eine Gruppe von Leuten zuraste, wurde mit Steinen beschmissen. Die Bullen haben das Ganze erst sehr spät gerafft, so daß es ihnen erst später "gelang", mal wieder einige mehr oder weniger unbeteiligte festzunehmen. Ebenfalls hat sich mal wieder gezeigt, daß die Entschlossenheit einiger weniger sehr wirkungsvoll sein kann. Leider ist es in den letzten Jahren immer seltener geworden, daß sich Menschen gegen die Repression und die Gewalt von "Oben" zur Wehr setzen. Es ist zum Kotzen. Es scheint, daß weder ein solidarisches noch ein militantes Bewußtsein bei Leuten in dieser sogenannten Szene noch vorhanden ist. Gerade was die Bauwagenplätze betrifft, ist die Situation besonders hart. Durch das Bauwagengesetz und die existenzielle Not sind sie oft nahezu rechtlos und in besonderer Weise staatlicher Willkür und Gewalt ausgesetzt. Das Problem sollte ja bekannt sein. Bauwagenplätze sind absolut auf die Unterstützung von "außen" angewiesen und natürlich geht es dabei nicht nur um sie, es kann nicht angehen, daß die Herrschenden mit Vertreibung und Räumung immer wieder so leichtes Spiel haben. Kompromißlosigkeit und Räumungsdiktate werden wir nicht hinnehmen. Das, was am Montagabend abgelaufen ist, sollte nur ein kleiner Geschmack von dem sein, was die Stadtplaner und Umstrukturierungsstrategen hier zu erwarten haben. Treiben wir den Preis für ihre Scheiße so hoch wie möglich.

Haltet zusammen, wehrt euch, schlagt zurück!

Weg mit den Bauwagengesetzen

Kein Hotel in der Feldstraße

Hafen bleibt und Wohlgroth Zürich wird nicht vergessen!"



Schluß mit der Kriminalisierung von MigrantInnen, Flüchtlingen und AntifaschistInnen!

Sofortige Einstellung des Verfahrens gegen die türkischen und kurdischen Jugendlichen in Pinneberg

Am 2.12.92 fand vor der Bundesgeschäftsstelle der FAP in Halstenbek eine Versammlung von etwa 30 türkischen, kurdischen und deutschen Jugendlichen statt, in deren Verlauf es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Faschisten der FAP und den Jugendlichen kam (siehe letzte Nummern der ZECK). Seit dem 18.Januar diesen Jahres werden sechs türkische und kurdische Jugendliche bezüglich dieses Vorfalls vor dem Amtsgericht Pinneberg wegen schwerem Landfriedensbruch, gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung angeklagt.

Bei den ersten Prozeßtagen waren jeweils 100-150 UnterstützerInnen. Die Polizei zeigte massiv Präsenz und ging mehrere Male gegen die Unterstützrerlnnen im und vor dem Gericht teilweise brutal vor (Knüppeleien, Festnahmen, Anzeigen...).
Zu den letzten Prozeßterminen kamen nur noch wenig UnterstützerInnen und es verlief alles eher ruhig.
Im Prozeß wurden ZeugInnen befragt, und einer der Angeklagten machte eine Einlassung, d.h. er schilderte die Ereignisse des 2.12.92 aus seiner Sicht. (Näheres zu dem Prozeßverlauf ist den Flugblättern der Prozeßgruppe zu entnehmen.)

Bei den nächsten Prozeßtagen ist zu erwarten, daß die Faschozeugen ihre Aussagen machen werden und dann wird sicher auch wieder der Nazi-Anwalt Rieger anwesend sein.
Aufgrund der geringen Präsenz von AntifaschistInnen kam es bei einem der letzten Termine dazu, daß sich drei Faschos am Gericht sehen ließen.
Es ist wichtig, daß wieder mehr Leute diesen Prozeß besuchen, um die Angeklagten nicht mit der Justiz allein zu lassen, um eine größere Öffentlichkeit zu schaffen und nicht zuletzt, um eine Anwesenheit der Faschisten zu verhindern.

Prozeßtermine:

Donnerstag, 3.3.94, 9.00 Uhr
Dienstag, 8.3.94, 10.00 Uhr
Dienstag, 15.3.94, 9.00 Uhr
Dienstag, 22.3.94, 9.00 Uhr
Dienstag, 29.3.94, 9.00 Uhr
Dienstag, 19.4.94, 9.00 Uhr
Dienstag, 26.4.94, 9.00 Uhr
Dienstag, 3.5.94, 9.00 Uhr

Am 19.3.94 findet in Pinneberg eine Demonstration gegen die Kriminalisierung der Jugendlichen und gegen die FAP-Bundesgeschäftsstelle in Halstenbek statt.

Demonstration
S-Bahnhof Pinneberg
Samstag,19.3.94, 10.30 Uhr

Erklärung des bundesweiten MigrantInnentreffens am 22.-23. Januar 94 in Hamburg:

Feindliches Hinterland



Mitte November '93 wurden fünf kurdische und türkische AntifaschistInnen von der Berliner Polizei verhaftet. Seitdem sitzen sie im Gefängnis und warten auf ihren Prozeß. Die Anklage lautet auf Mord, Totschlag, Mordversuch und schwere Körperverletzung mit Todesfolge. Mit dem gleichen Vorwurf wird gegen weitere AntifaschistInnen gefahndet.

Sie werden beschuldigt, im April 1992 in einem China-Restaurant in Neukölln ein Treffen von Führern der faschistischen Organisationen "Deutsche Liga für Volk und Heimat" und "Republikaner" angegriffen und dabei die Funktionäre der "Deutschen Liga" Kaindl getötet und Thaler schwerverletzt zu haben. Dies geschah, als eine Gruppe von 6-8 Vermummten in das Lokal eindrang und die Nazis angriff. Im Zuge der Auseinandersetzung wurden die beiden o.g. Nazis durch Messerstiche schwerverletzt. Kaindl erlag später seinen Verletzungen, Thaler hat sich von seinen Verletzungen erholt.

Mit diesen Verhaftungen und den Anklagen wird die Kriminalisierung gegen uns MigrantInnen auf einer höheren Stufe fortgesetzt. In der Nachkriegsgeschichte Deutschlands ist dies der größte Kriminalisierungsprozeß, der gegen uns MigrantInnen durchgeführt wird. Diese Verhaftungen richten sich, "im Rahmen der Inneren Sicherheit", gegen uns alle, die den Rassismus in diesem Land nicht hinnehmen und Widerstand leisten. Die Verhaftungen in Berlin und anderswo in Deutschland sind in diesem Kontext zu sehen. Es ist unsere Aufgabe, diesen politischen Prozeß in Berlin und anderswo zu unterstützen!

Die Härte der Anklage ist durch die Art des Geschehens und den juristischen Sachverhalt nicht ohne weiteres zu erklären. Denn:

- Obwohl die Auseinandersetzung spontan verlief, begrenzt sich die Anklage nicht etwa auf Totschlag oder schwere Körperverletzung mit Totesfolge, sondern auf gemeinschaftlich geplanten und durchgeführten Mord!
- Obwohl die Anzahl der Vermummten aus 6-8 Leuten (laut Polizeibericht) bestand, werden insgesamt über 10 angeklagt.
- Obwohl keinerlei konkrete Anschuldigungen existieren, werden nebulöse Äußerungen seitens der Polizei über angebliche Aussagen von einem "Tatbeteiligten" als Begründung geliefert. Nebulös, weil weder ZeugInnen genannt werden noch die Beschuldigung auf die Verhafteten sich anwenden läßt.

Das ganze Komplott gegen die antifaschistische MigrantInnen bekommt allerdings eine andere Dimension wenn wir die Geschichte und den antirassistischen/antifaschistischen Widerstand der "Berliner antifaschistischen MigrantInnen Gruppe" betrachten.
Sie war einer der wenigen MigrantInnen-Gruppen, die im Zuge der Selbstorganisierung und Selbstverteidigung gegen die rassistischen Angriffe schon 1988 begonnen hat, konsequent Widerstand zu leisten. Als die Bananen-Fütterung der "Brüder und Schwestern " (Wiedervereinigung) begann, konnte sie, auf ihre Strukturen gestützt, sofort dem rassistischen Ausbruch der deutschen Gesellschaft entgegentreten.

Ein weitaus "gefährlicher" Punkt in ihrer Entwicklung war die Unkontrollierbarkeit ihrer Handlungen: Weder durch die etabilierten ausländischen Vereine, Parteien und Vertretungen, noch durch die Normen der deutschen Autonomen und des linksradikalen Spektrums war es möglich, sie zu kanalisieren und zu bändigen. Was des öfteren zu heftigen Auseinandersetzungen mit der deutschen Linken geführt hat.

Ihr größtes "Verbrechen" begann sie allerdings, als sie, mit Erfolg, die

Stammheim 1977

Andreas Baader †
Gudrun Ensslin †
Jan Carl Raspe †
Irmgard Möller überlebt schwerverletzt.
offizielle Version: 'Kollektiver Selbstmord'

Bad Kleinen 1993

Wolfgang Grams † offizielle Version: ' Selbstmord'

Irmgard Möller ist seit über 21 Jahren in Haft.
Länger als jede andere Frau in Deutschland.





c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg, Tel. 040/433007, Mo.+Mi. 16.00 – 19.00

Selbstorganisierung der "ausländischen Jugendlichen", insbesondere den "kriminellen Abschaum", die Jugendbanden, in antirassistische Zusammenhänge einbezog. Tausende konnten mobilisiert werden, was sowohl für Rechte wie für Linke zu Problemen und Kopfzerbrechen führte.

Genau das sind die Gründe, die die ganze Härte der Anklage erklären: Die völlige Eliminierung und Ausrottung einer Tendenz unter den MigrantInnen, die sich weder auf Kebap-Rezepte, "Multikulti-Scheiß" noch auf Lichterketten umfunktionieren läßt. Im Wahljahr '94 will die politische Elite ihren WählerInnen ein weiteres "Geschenk" präsentieren: Die exemplarische Bestrafung von "kriminellen Ausländern".
(Die Abschaffung des Asylrechts war das Geschenk des Jahres 1993.)

Für uns liegt ihr Erfolg darin, daß sie praktisch gezeigt hat, daß der Selbstschutz und die Selbstorganisierung von MigrantInnen nötig und möglich ist, um den Rassismus der deutschen Bevölkerung und ihrer Avantgarde (Neonazis) effektiv entgegenzutreten. Daher gilt für uns, alles zu tun, um unsere Solidarität mit den Verhafteten zu praktizieren. Gleiches fordern wir von der deutschen Linken.

Dies ist angesichts der hiesigen Verhältnisse das Minimum an antirassistischen Aktivitäten.

Was den Mordvorwurf betrifft: **Für uns bedeuten Angriffe auf Nazis und ihre Nester keine Revolutionsromantik, sondern Überlebenspraxis**: Eine andere Wahl wurde uns nicht zugestanden. Weder durch die Polizei, die den Mob schützt und marschieren läßt, noch durch die Justiz, die sie mit lächerlichen Strafen (meistens sogar auf Bewährung) laufen läßt, noch durch die deutschen PolitikerInnen die ihre Taten legitimieren (perspektivlose Jugendliche, soziale Probleme usw.).
Für die Nazis und ihren Anhang organisieren sie nach den Angriffen auf uns sozialpädagogische Urlaubsreisen nach Israel oder in die Türkei. Für diese also die "Therapie" und für uns die Gefängnisse. Das ist die bundesrepublikanische Realität.

Doch wir MigrantInnen werden dies nicht mehr belanglos hinnehmen, sondern zurückschlagen.
Wir haben kein Bock mehr die Statistiken dieses Landes als Opfer von rassistischen Angriffen zu füllen. Wir wissen zugleich, daß breite Unterstützung von der deutschen Bevölkerung nicht zu erwarten ist (wir sind froh, wenn sie zu Hause bleibt, sonst haben wir sie ja meistens uns gegenüber).
Die autonome und linksradikale Szene, so wichtig sie auch für uns sind, ändert nichts daran.
Wir leben in einem feindlichem Hinterland.

Seit Jahrzehnten werden MigrantInnen und Flüchtlinge von der Politik der Regierung und der deutschen Parteien als Feinde ausgemacht und dem rassistischen Mob auf der Straße als Angriffsziele angegeben. Die deutsche Polizei sieht ihre Aufgabe allein in der Verfolgung und Kriminalisierung von MigrantInnen und AntifaschistInnen. Des weiteren sehen sich deutsche RichterInnen und StaatsanwältInnen nicht einmal dazu veranlaßt, die rassistischen und faschistischen Mörder zu ermitteln oder gar zu verurteilen.

Während nahezu jedes Wochenende Menschen umgebracht, mit Molotow-Cocktails beworfen oder zusammengetretten werden, werden die Pogrome "verniedlicht" bzw. als "Kavaliersdelikte" behandelt. **Daß in einem politisch von völkischen Pogromen und staatlicher Repression aufgeheiztem Klima in einer Auseinandersetzung dabei auch ein Faschist umkommen kann, ist nicht verwunderlich.**

Die letzten Jahre der Pogrome und der neudeutschen Innerlichkeit haben wohl gezeigt, daß auf das Ausland Rücksicht genommen wird (noch!).

Daher ist unsere Solidaritätsarbeit nicht nur auf das Inland zu begrenzen, sondern auch aufs Ausland auszudehnen.

Im Wissen um die Wichtigkeit dieser Solidarität haben wir, MigrantInnen aus dem gesamten Bundesgebiet, uns in Hamburg am 22.-23. Januar getroffen und folgende Schritte beschlossen:

- **Gründung von Komitees für die Freilassung der Berliner AntifaschistInnen**.
  Um unsere Identifizierung mit den inhaftierten FreundInnen, die einer Linie der Selbstorganisierung / Selbstverteidigung der MigrantInnen erfolgreich vertreten, zu demonstrieren, nennen wir die von uns gegründeten Komitees **"Anti-Faşist-Gençlik" Komitees**
- **Bundesweite Mobilisierung für die am 20.4.1994 in Berlin geplante Demonstration.**
  Um dies vorzubereiten, treffen wir uns am 8.April 94 (3.Treffen) in Berlin mit den MigrantInnen (-Gruppen) und am 9. April mit alle Unterstützungsgruppen.
  Das Motto der demo lautet:
  "In der Tradition von Antifaşist Gençlik. 20. April: Widerstand gegen rassistische Terror"
  "Freilassung der Berliner-Gefangenen und Einstellung aller gegen sie laufenden Verfahren"
- Durchführung von **Informationsveranstaltungen,**
  um MigrantInnen und deutsche AntirassistInnen über die Vorgänge zu informieren und zu mobilisieren.
- **Spendensammlungen**, um die immensen Prozeßkosten zu dekken.
- Aufnahme von Kontakten mit AntifaschistInnen auch im Ausland zwecks Unterstützung der Forderung nach sofortiger Freilassung der MigrantInnen und Einstellung aller gegen sie laufenden Verfahren.
- **Organisierung und Durchführung von lokalen und weiteren bundesweiten Protestaktionen,**
  um unsere Forderungen zu unterstreichen.
- Erstellung einer MigrantInnen-Zeitschrift.
  (Es ist noch nicht konkret, in welcher Form, Inhalt und wie. Auf den nächsten Treffen wollen wir ausführlich diskutieren.)

Freilassung aller Verhafteten und Einstellung der laufenden Verfahren.

Widerstand! Jetzt erst recht !!!

Solidaritätsveranstaltung

zu den inhaftierten kurdischen/türkischen AntifaschistInnen in Berlin

Am 19. März. 94 um 19. 00 Uhr im Volkshaus-HH
Neuer Kamp 31 (über dem "hyperdiscount -U-Bahn "Feldstr

-Kriminalisierung einer Bewegung durch Mordvorwurf
mit Leuten von UnterstützerInnengruppe aus Berlin

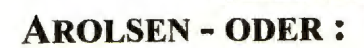
-Information zu am 20.4.1994 in Berlin geplante Demonstration.
Diese Demonstration wurde von bundesweiten MigrantInnen beschlossen und wird Bundesweit mobilisiert.
Wir wollen mit Euch über die regionale Mobilisierungsmöglichkeiten aus Hamburg und Umgebung diskutieren.
Das Motto der Demo lautet:
"In der Tradition von Antifasist Genclik. 20. April: Widerstand gegen rassistische Terror"
"Freilassung der Berliner-Gefangenen und Einstellung aller gegen sie laufenden Verfahren"

---

ca. Ab 22.00 **Soli-Fete für die Berliner Gefangenen**

Demonstration am Mittwoch 20. April. 1994 in Berlin um 14. 00 Uhr
In der Tradition von Antifasist Genclik. 20. April.: Widerstand gegen rassistische Terror
Freilassung der Berliner-Gefangenen und Einstellung aller gegen sie laufenden Verfahren

Postanschrift der UnterstützerInnengruppe in Berlin:
Kreuzbüro, Stichwort "HERZSCHLÄGE", Großbeerestraße 89, 10963 Berlin
Spendenkonto :
R. Stücker, Stichwort "Antifa", Kto.-Nr.: 240 297 679
Sparkasse Berlin, BLZ: 100 500 00



AROLSEN - ODER : HÄTTE ARTHUR DOCH DEN MUND GEHALTEN!

Bei einem Prozeß gegen Antifas in Kassel, die den Führer der Sauerländer Aktionsfront angegriffen hatten, hat sich wiedereinmal gezeigt, wie wichtig die Kampagne "Anna und Arthur haltens Maul" ist. Hätten alle geschwiegen, wäre es nicht zu diesem Debakel mit Festnahmen, U-Haft und Verurteilungen gekommen.

Auf viermal neun Monate auf drei Jahre Bewährung und einmal fünfzehn Monate auf drei Jahre Bewährung (nach Prüfung einer einjährigen Vorbewährung) lautete das Landgerichtsurteil gegen fünf von insgesamt fünfzehn angeklagten AntifaschistInnen aus Nordhessen. Sie wurden für schuldig befunden, den 23jährigen Führer der Sauerländer Aktionsfront (SAF), Thomas Kubiak, attackiert und sein Auto demoliert zu haben. Darüber hinaus attestierte das dreiköpfige RichterInnen-Gespann den Angeklagten "schädliche Neigungen", die strafrechtlich geahndet bzw. behandelt werden müssen. Das war aber erst der erste Streich der Justiz, im März stehen weitere zehn AntifaschistInnen vor Gericht, gleicher Vorwurf: Landfriedensbruch. Sie gehören laut Staatsanwaltschaft zur selben Gruppe von AntifaschistInnen, die am Morgen des 14. August 1993 im Kreis Waldeck Frankenberg die Fahrt von Neonazis der SAF zum "Rudolf-Hess-Marsch" in Fulda verhindern wollten.

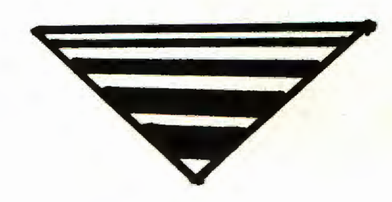
Zum Prozeßauftakt trieben sich nahezu zwei Hundertschaften Bullerei nebst Zivi-Bullen im und um das Gerichtsgebäude herum. Die nähere Umgebung wurde zum Einsatzgebiet auserkoren und wahllose Personenkontrollen durchgeführt. Eine Kundgebung vor dem Gerichtsgebäude mit knapp zweihundert Leuten verlief relativ ungestört. Bilanz der folgenden Stunden: drei Festnahmen mit mehrstündigem Knastaufenthalt wegen Mitführens von Funkgeräten und Schlagwerkzeugen.
Den üblichen Einlaßkontrollen folgte an den kommenden drei Prozeßtagen immer ein ruhiger Prozeßverlauf. Die Angeklagten verlasen zunächst eine mehrseitige Erklärung, in der sie auf die braune Vergangenheit des Landstrichs Waldeck-Frankenberg eingingen, faschistische Übergriffe auf Flüchtlinge und MigrantInnen auflisteten sowie die aktuelle Neonazi-Struktur im Kreis erläuterten. Nach der Darstellung ihrer Motivation, sich gegen Faschisten und Rassismus zu engagieren, ging es dann ans Eingemachte. Jeder der Angeklagten für sich trug nun mündlich seine Tatbeteiligung und die Sicht davon vor. Sie wiederholten damit ihre Aussagen, die sie während der Untersuchungshaft schon gemacht hatten. Die 18- bis 22jährigen antifaschistischen Vöglein hatten fast ausnahmslos (jedoch unterschiedlich ausführlich) gezwitschert. Außer den Autonummern von mutmaßlich Beteiligten (die Zivilbullen lieferten) hatte die Polizei nichts gegen die Antifas in der Hand. Doch die ersten Festnahmen zwei Tage nach der Aktion wegen Tatverdacht brachten die Domino-Ralley in Gang. Binnen kurzer Zeit verhaftete die Polizei vierzehn Personen im Kreis Waldeck-Frankenberg, von denen manche bis zu sieben Wochen in U-Haft saßen. Einer konnte untertauchen, hat sich aber mittlerweile gestellt. Zwei

Autos wurden beschlagnahmt und von drei Personen die Führerscheine eingezogen.

Die Staatsanwaltschaft erhob daraufhin Anklage. Zuanfangs lautete diese auf versuchten Totschlag, was jedoch wieder fallen gelassen wurde, da zwar ermittelt worden war, wer Kubiak auf den Oberschenkel schlug, nicht aber die/den TäterIn, die dem Nazi mit einen Baseballschläger fast totgeschlagen hätten. So wurde in einem Fall wegen gefährlicher Körperverletzung und in den anderen Fällen wegen Landfriedensbruch und Sachbeschädigung Anklage eröffnet. Der malträtierte Führer der SAF erlitt bei dem Überfall einen Schädelbasisbruch, ließ es sich drei Wochen später jedoch nicht nehmen, als gefeierter Märtyrer bei der Bundesversammlung der neonazistischen Hilfsgemeinschaft nationaler Gefangener am 4. September in Vogelsburg aufzutreten.

In Kassel wurde er im übertragenen Sinne in Handschellen als Zeuge vorgeführt. Er sitzt seit dem 2. Februar wegen Landfriedensbruch und Verdachts der Mitgliedschaft in einer Kriminellen Vereinigung im Knast. Die Staatsanwaltschaft Dortmund wirft ihm zum einen vor, einer der Führer der SAF zu sein, und zum anderen, sich an einem Angriff auf ein Flüchtlingsheim in Hamm beteiligt zu haben.

Dieser von vielen mit Spannung erwartete Zeugenauftritt von Thomas Kubiak blieb ohne Folgen. Die Strategie der Verteidigung war klar, taktieren was das Zeug hält, und die Angeklagten machen einen auf reuige Sünder. Da paßte eine ausführliche Befragung von Kubiak nicht ins Konzept oder war im Deal mit der Staatsanwaltschaft schon vorher ausgeschlossen worden. So plätscherte der Prozeß vor sich hin, die Jugendgerichtshilfe verlas ihre Stellungnahmen, der Staatsanwalt verlas sein Plädoyer und die Verteidiger mühten sich ab, die Autos wieder loszueisen und mit juristischen Zahlenspielereien, den Vorwurf des Landfriedensbruchs wegzubekommen. Ersteres gelang ihnen, letzteres nicht. Der als väterlicher Oberlehrer auftretende Richter blieb mit seinem Urteil nur drei Monate unter des Staatsanwaltes, hielt die 100stündigen Arbeitsauflagen für rechtens, erließ jedoch die Geldstrafen und gab die Autos frei. Die fünf Angeklagten haben jedoch nicht nur Prozeßkosten in Höhe von 40.000 Mark, sondern auch die Anti-Antifa am Arsch. Nachdem im Index (Zeitung der Nationalen Liste Hamburg), in der nordhessischen FAP-Postille "Kurhessen Post" und über das "Nationale Infotelefon" in Winterberg zu Vergeltungsschlägen gegen die Antifas aufgerufen wurde, bekommen die Angeklagten Drohbriefe und Drohanrufe.
Ein Schmankerl am Rande: Drei Gerichtssäle weiter wurde am selben Tag gegen den Kasseler FAP-Funktionär Markus Eckel verhandelt. Er hatte nach dem Fascho-Aufmarsch in Fulda mit seinen Kameraden auf einem Kasseler Stadtteilfest den gelungenen Tag gefeiert. Nachdem zwei Personen die Nazis als solche beschimpften, schlug Markus Eckel einen krankenhausreif. Zusammen mit einer weiteren Körperverletzung, die er einem italienischen Jugendlichen zufügte, kam er mit lächerlichen neun Monaten auf Bewährung davon. Der Nazischläger war schon wegen einem Angriff auf ein Flüchtlingsheim in der Nähe von Kassel (1992), Beleidigung und Zusammenschlagen eines jugoslawischen Jugendlichen und diversen Hakenkreuz- bzw. "Juden ins Gas"-Schmierereien angeklagt worden.



Dringend wird um Prozeßkostenunterstützung gebeten. Allein der Prozeß gegen die ersten fünf kostet an die 40.000 Mark.
T. Werther, Stichwort "Wunsiedel", Kontonummer 101 800 994 0 bei der Sparkasse Marburg-Biedenkopf, BLZ 53350000

Lockrufe aus der Amsinckstraße

Die TeilnehmerInnen des Hungerstreiks auf dem Flüchtlingsschiff "Altona" hatten im Dezember 1993 allesamt von der Ausländerbehörde die Zusage erhalten, daß ihre Aufenthaltsgestattungen um mindestens drei Monate verlängert werden. Auf der der Ausländerbehörde vorliegenden Liste befand sich auch der Name eines algerischen Flüchtlings, von dem auch diese Behörde wußte, daß er ein Strafverfahren wegen doppelter Asylantragsstellung hat.
Als der Flüchtling dann im Januar 1994 zur Fristverlängerung in der Amsinckstraße vorsprach, wurde ihm diese verweigert und er zwecks sofortiger Abschiebung festgenommen; er konnte fliehen und lebt seitdem illegal in Hamburg.
Ergebnis längerer Verhandlungen mit der Ausländerbehörde ist nun - Ende Februar - , daß der Flüchtling dringend aufgefordert wird, "zur Klärung der Angelegenheit" erneut die Ausländerbehörde aufzusuchen, man könne ihm jetzt anbieten, die Aufenthaltsgestattung zu verlängern wahrscheinlich allerdings nur unter der Voraussetzung, daß er die drei Monate bis zu seiner Abschiebung im Knast verbringt.



Vorsicht: Der Feind

Nur eins ist sicher- Maul halten !

betr.: Aussageverweigerung

1. Vorladung als ZeugInnen bei den Bullen

Es klingelt an der Wohnungstür zu einer unmöglichen Zeit. Du machst auf, und vor dir steht die Polizei. Meistens sagen sie, sie kämen "von der Kripo" und müßten wegen eines Verfahrens unbedingt mit dir reden. **Laß sie nicht rein !!**

Laß dir von allen den Dienstausweis zeigen. Darin stehen ihre Namen und die Abteilung, von der sie kommen (z.B. Dir. VB SIII). Schreibe dir Namen und Dienststelle auf. Frage ganz genau, um welches Verfahren es geht und wer beschuldigt wird ! Es kann sein, daß sie dir eine schriftliche Vorladung in die Hand drücken.

Du bist grundsätzlich nicht verpflichtet mit der Polizei zu reden, auch wenn sie dir eine Vorladung schicken. **Du mußt nicht hingehen.**
Das wissen die Bullen und deshalb versuchen sie dich mit dem Überaschungseffekt und mit Druck in eine Verhörsituation zu bringen. Wenn du nervös wirst, sag ihnen du hättest keine Zeit und würdest zuerst mit (D)einem/r AnwältIn reden.
Sag ihnen das immer wieder, die sind zäh.
Setz dich dann auch tatsächlich mit (D)einer/m AnwältIn in Verbindung und erzähle das Geschehene deinen FreundInnen und Bekannten.

Wende dich an den Ermittlungsausschuß. Die Leute dort können dir bei der AnwältInnensuche helfen und dir auch weitere rechtliche Tips geben.
Ermittlungsausschuß im Schwarzmarkt.......

2. Verhörsituation.

Was wir im Folgenden zu beschreiben versuchen, ist das Ergebnis von Erfahrungen vieler Menschen, die von den Bullen verhört wurden.

"Ich befinde mich in einer neuen Situation. Ich bin auf mich allein gestellt und muß Entscheidungen allein fällen.
Sie dagegen tun ihren Job, haben Routine. Sie sind dafür ausgebildet und psychologisch geschult. Sie achten auf jede Regung und Haltung von mir und versuchen daraus Rückschlüsse auf meine Person zu ziehen.
Ich bin konfrontiert (wie in jedem Krimi zu sehen) mit dem harten unangenehmen Bullen und dem freundlichen, verständnisvollen, väterlichen. Ich befinde mich in einer Drucksituation. Erleichtert lasse ich mich auf ein Gespräch mit dem "netten" Bullen ein, der mir Zigaretten und einen Kaffee anbietet.
Das harmlose Gespräch wird plötzlich unangenehm. Ich bin mir nicht sicher, was ich erzählt habe. Ob ich nicht zuviel gesagt habe ? Die Kontrolle entgleitet mir. Ich kann das Gespräch nicht beenden. Ich habe keinen Einfluß"



Die Aufgaben der Bullen dabei sind :

Sie schätzen dich ein :
Deinen Character und deine Wiederstandsenergie, deine Persönlichkeit. Was für ein Mensch bist Du ? Wie muß mensch mit dir umgehen ? Die hart oder die weiche Tour ? Worauf springst du an ? Was macht dir Angst ? Wo sind deine Schwachstellen ?

Ihr Ermittlungsziel zu erreichen.
Das heißt, Fakten zu sammeln und Aussagen zu kriegen für die Staatsanwaltschaft und für den Prozeß !

Neue Anhaltspunkte, Quellen oder weitere ZeugInnen zu finden.

Aus vielen Mosaiksteinchen ein Bild zusammenzusetzen, um die Verurteilung von Menschen zu erreichen.

Die Polizei hat die Aufgabe für die Staatsanwaltschaft zu arbeiten. Es ist nicht unsere Aufgabe, sie in ihren Ermittlungsarbeiten zu unterstützen. Die Ermittlungsergebnisse, so nichtssagend sie erscheinen oder auch tatsächlich sind, werden vom Staatsschutz protokolliert, bewertet und an die Staatsanwaltschaft weiter gegeben.
Aussagen, die du bei den Bullen gemacht hast, helfen der Staatsanwaltschaft, sich besser auf ein Verhör mit Dir vorzubereiten!
Unterschreibe nie ein Protokoll, auch dazu bist du nicht verpflichtet !

3. Hausdurchsuchung

Für diese Situation mußt du folgendes wissen. Wieder die Personalien der Bullen und ihre Dienststellen aufschreiben.
Die Bullen dürfen nur in deine Wohnung :

- mit einem Durchsuchungsbefehl, dieser muß von dem/ r der zuständigen RichterIn ausgestellt sein.

- bei "Gefahr im Verzug"

Dies wird von den Bullen oft versucht, wenn sie noch keinen richterlichen Dursuchungsbeschluß haben. Sie müssen auch ohne Durchsuchungsbefehl ein Durchsuchungsprotokoll dalassen. Bestehe darauf und unterschreibe es nicht ! Bestehe auf die Protokolierung aller Sachen, die sie wegschleppen. Anwalt/ Anwältin nach Möglichkeit sofort informieren. Bestehe auf weitere Anwesende (z.B. Nachbarn) bei der Dursuchung

4. Vorladung zur Staatsanwaltschaft oder RichterIn

Dieser mußt du folge leisten. Nimm immer einen Anwalt oder eine Anwältin mit.

Du bekommst einen Einschreibebrief. Hole ihn ab, denn selbst wenn du es nicht tust, das Vorladedatum behält seine Gültigkeit. Es sei denn, du bist krank oder im Urlaub. Das muß der Staatsanwaltschaft oder der RichterIn "glaubwürdig" mitgeteilt werden. Sonst kann es morgens in aller frühe passieren, das die Polizei vor deiner Tür steht und dich festnimmt. Dann wirst du zwangsvorgeführt. Damit bist du unvorbereitet und ohne AnwältIn.

Bei der Staatsanwaltschaft oder RichterIn

Dort kommst du in einen Raum indem der Staatsanwalt/ Staatsanwältin oder RichterIn und einE ProtokollantIn sind.
Gib ihnen deine Personalien und **sag ihnen, daß du die Aussage verweigerst.**

Wenn du mit Beschuldigten verwandt bist, (also Großeltern, Eltern, Kinder, Enkel, Geschwister, Ehemann-, frau, Verlobte/ r oder geschiedener Ehepartner, oder Schwager/ Schwägerin oder ehemaliger Schwager/ Schwägerin, Tante, Onkel, Nichte, Neffe) **hast du ein generelles Aussageverweigerungs-recht nach § 52 StPO.**

Du hast als Beschuldigte/r ebenfalls ein generelles Aussageverweigerungs-recht.

Die Staatsanwaltschaft / RichterIn müssen dir sagen :

- um welches Verfahren es sich handelt.

- welche Leute in diesem Verfahren beschuldigt werden.

- Ob du ZeugIn oder Beschuldigte/r bist.

Wenn du kein Aussageverweigerungsrecht hast, kannst du zu einem Ordnungsgeld verurteilt werden. Dazu kommen die durch die Weigerung entstandenen Kosten.
Kann das Ordnungsgeld nicht "beigetrieben" werden, so kann Ordnungshaft festgesetzt werden.
Desweiteren kann zur Erzwingung der Aussage Haft angeordnet werden, jedoch nicht über die Zeit der Beendigung des Verfahrens und auch nicht über die Zeit von sechs Monaten hinaus (§§ 70 I, II StPO)

Aus den bisherigen Erfahrungen ergibt sich, daß die Polizei und die Staatsanwaltschaft gern mit dem dicken Knüppel der Haft droht. Aber das sollte jedeN erstmal kalt lassen. So schnell ist eine ZeugIn nicht in Haft. Das geht alles mal seinen Gang : Erstmal die totale Aussageverweigerung, (insbesondere mit dem Hinweis darauf, daß diese sich auf den gesamten Komplex bezieht. Nicht das die Aussageverweigerung lediglich zu einer bestimmten Einzelfrage interpretiert wird und damit die Gefahr entsteht, daß für jede Einzelfrage bis zu einem halben Jahr Erzwingungshaft nachkommen könnte), dann kommt das Ordnungsgeld.

Der/ Die StaatsanwältIn beliebt gern zu scherzen : Es wurde mehrmals behauptet, daß sich das Ordnungsgeld und die Ordnungshaft beliebig oft wiederholen ließe. Zitat : " Das ist wie ein Perpetuum Mobile". Dieses Zitat läßt sich nicht auf eine mangelnde Rechtskenntnis bei einer / m StaatsanwältIn zurückführen, sondern auf knallharte Einschüchterungstaktik.

Auch scherzt der/ die StaatsanwältIn munter vor sich hin, wenn sie / er immer wieder darauf hinweist : "Merken Sie ? Ich zementiere gerade ihre Ordnungshaft mit dieser Frage." Es kann keine Ordnungshaft zementiert werden, die kommt nur in Frage, wenn das Ordnungsgeld nicht gezahlt wird. Durch diese unklare Benutzung von Begriffen (Ordnungshaft/ Beugehaft) wird wiederum nichts anderes versucht, als Leute einzuschüchtern, damit jede/ r glaubt, nach der Vernehmung wirste gleich abgegriffen und sitze im Knast : Das ist Quatsch !

Am Ende des Protokolls, nach Übergabe des richterlichen Beschlusses über das Ordnungsgeld und die ersatzweise Ordnungshaft versucht der Staatsanwalt / die Staatsanwältin möglicherweise noch von dir eine Antwort zu bekommen, ob du das Ordnungsgeld zahlen willst oder nicht. Der Hintergedanke ist natürlich, daß bei Nichtzahlung die sofortige Vollstreckung der Ordnungshaft möglich ist und das möchte sie / Er noch gerne selbst veranlassen. Auch hier gilt : Keine Aussage.
(Um das nochmal klar zu sagen : Das eben gesagte bezieht sich nur auf ZeugInnen in einem Strafverfahren. Beschuldigte haben ein generelles Aussageverweigerungsrecht nach der Strafprozeßordnung!)

5. Aussagen

Du willst nicht in den Knast gehen. Verständlich.

-Du denkst, du kannst Aussagen machen, die niemanden schaden. Kannst du das einschätzen ?
Du hast niemals den Überblick über den Stand der Eremittlungen und des Verfahrens. Du weißt nicht, was die Ermittlungsbehörde weiß. Überschätze dich nicht. Es gibt keine harmlosen Fragen oder Antworten.



hat große Ohren

Du machst Aussagen und hörst auf, wenn es dir zu heiß wird.
Hast du einmal Aussagen gemacht und hörst dann auf, geht die Staatsanwaltschaft / RichterIn davon aus, daß du was wichtiges zu verbergen hast. Da du schon einmal geredet hast, denken sie, du wirst weiter reden, wenn sie dich ordentlich unter Druck setzen. Die rechtlichen folgen sind die gleichen, als wenn du von anfang an keine Aussage gemacht hättest. Du kannst auch für einzelne nicht beantwortete Fragen zu Ordnungsgeld (und dann zu Beugehaft) verurteilt werden.

Du machst bewußt falsche Aussagen. Kannst du das Risiko einschätzen.
Falsche Aussagen vor Gericht im Prozeß sind viel "teurer" als eine generelle Aussageverweigerung. Du kannst dann nach einem eigenständigen Strafverfahren mit Knast von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft werden.
Bei Falschaussagen bei der Staatsanwaltschaft kannst duden Tatbestand der Strafvereitelung erfüllen. Das kann mit Geldstrafe oder mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren bestraft werden.

Alle Aussagen die du bei der Staatsanwaltschaft machst, sind für sie besonders wichtig.
Du bist Zeuge/ Zeugin der Staatsanwaltschaft, also Zeuge/ Zeugin der Anklage.

Wenn Aussagen gemacht wurden, ist es für alle Beteiligten enorm wichtig, offen damit umzugehen.
Du mußt dich nicht schämen, rede über alles was passiert ist mit deinen FreundInnen und deiner/ m Anwalt/ in. **Fehler haben schon viele gemacht !**
Nur in der Auseinandersetzung darüber, können wir voneinander lernen unbd uns gegenseitig schützen! Es hilft anderen, daß sie in der Situation nicht unvorbereitet mit deinen Aussagen konfrontiert werden können.
Also, wenn du Aussagen gemacht hast :
Irgendwann kommt es doch über die Akten raus, und dann gibt es kaum noch Vertrauen. Die Situation wird nicht besser, wenn die Aussage zu "deinem" Geheimnis wird. Zusammen können Fehler behoben und andere davor geschützt werden !

Konfrontation mit Aussagen

Stell dir vor, du sitzt bei der Staatsanwaltschaft oder RichterIn und wirst mit einer angeblichen ZeugInnenaussage konfrontiert. Überraschung ! Entsetzten ! Mißtrauen macht sich breit ! Du fängst an zu überlegen, warum soll gerade ich den Kopf hinhalten, die anderen reden doch auch.
Glaub ihnen nie ! Laß dich nicht verunsichern !
Das kannst du dort nicht klären, rede mit deinen Freu8ndInnen darüber und laß dir von ihnen helfen. Alles andere schadet uns allen und hilft den Bullen und der Staatsanwaltschaft in ihrem Bemühen FreundInnen, Bekannte und GenossInnen zu verurteilen.

Zur Vorbereitung einer Zeugenvorladung bei der Staatsanwaltschaft/ RichterIn

Setzte dich mit einer Anwältin / einem Anwalt in Verbindung und bereite dich auf die Situation vor. Besprich mit ihnen, wie du dir das vorstellst und laß dich beraten. Geh nur mit ihm / ihr zusammen zu dem Termin.

Rede mit FreundInnen und anderen Betroffenen vorher darüber und überlegt gemeinsam an einem Vorgehen. Je mehr die Aussage verweigern, desto schwieriger wird es für die Staatsanwaltschaft/ RichterIn euch juristisch zu belangen. Redet über politische Einschätzung und gemeinsames Handeln.

Besprich deine persönliche Lage mit Menschen deines Vertrauens. Was ist mit Arbeit, der Versorgung von Kindern, Wohnung, Geld ? Es ist eine schwierige Situation und vollkommen normal, Angst vor'm Knast zu haben. **Die, die so tun als hätten sie diese Angst nicht, haben sich nie ernsthaft mit dieser Frage auseinandergesetzt !**
Je mehr du vorher darüber geredet hast, desto klarer bist du vorbereitet, um so weniger können sie dir antun. **Allein machen sie dich ein !!**

Auch Autonome stehen früh auf!

Der stellvertretende Leiter der Abteilung Observation und Aufklärung des Staatsschutzes (LKA 331/2) Udo Lüthjens, alter Bekannter aus der LKA-Inszenierung gegen Ralf und Knud, besucht regelmäßig die Flora, um sich am Eingangsbereich die neusten Plakate reinzuziehen. Dem guten Mann von der anderen Seite muß unheimlich langweilig sein. Bisher erschien das geheime Aufklärungskommando in der Höhle der LöwInnen vormittags an verschiedenen Wochentagen, wo die meisten Autonomen ja bekanntlich noch schlafen. Vielleicht steht er in Zukunft ja noch etwas früher auf, um ungestört seine "Feindaufklärung" durchführen zu können? (HH-DY 898 blauer Opel Ascona)

Die Schönste Jugend ist gefangen

Freiheit für Irmgard Möller

Am 14. Januar fand im Westwerk eine Veranstaltung für die Freiheit von Irmgrad Möller statt, die so gar nicht den sonst üblichen Gefnagenen-Solidaritäts-Veranstaltungen glich. Eingerahmt von Filmen und »Rebellendisco« wurde in drei Redebeiträgen versucht, das Verhältnis zur RAF und zu den Gefangenen aus sehr unterschiedlichen (politischen) Blickwinkeln zu beleuchten.

Der Beitrag des Hamburger Wohlfahrsausschusses repräsentiert dabei den Ansatz, auf einer stärker grundsätzlichen Ebene das Verhältnis zwischen einer kulturellen Linken und der Politik des bewaffneten Kampfes der RAF zu beschreiben.

SPRECHEN WIR ZUNACHST über die Bedinungen, Erfahrungen und Bedürfnisse, die uns zu dieser Veranstaltung gebracht haben. Als Teile einer linken Subkultur, die kein Interesse daran hat, sich zu Integrierer oder reformistisch am Staatswesen herumzudoktern, und mit ziemlich unterschiedlichen Organisationserfahrungen, haben wir ein grundsätliches Interesse an allen, die in Opposition zu diesem Staat stehen oder standen. Dazu gehören ganz selbstverstandlich auch die Gefargenen aus RAF und Widerstand. Normalerweise werden Solidaritätsveranstaltungen für die Gefangenen von einer ziemlich klar umrissenen Szene organisiert. Die Mobilisierung erfolgt auch immer in demselben kleinen Kreis von Unterstützern und gelangt darüber nicht hinaus. Forderungen, wie die nach der Freilassung von Irmgard Möller, laufen dabei Gefahr, schon im Ansatz als aussichtslos zu erscheinen. Angesichts der Situation, in der sich Irmgard hoffentlich bald nicht mehr befindet, erschien es uns wichtig, diese Isolierung zu durchbrechen, also nicht mehr die bekannten Wege zu gehen. Bisher sind wir bei Solidaritätskampagnen für die Gefangenen immer nur aufgetreter in unserer Funktion als Filmer oder Musiker. Wir haben uns immer gerne funktionalisiert,und fanden das auch richtig Wenn jedoch unsere kritische Distanz gegenüber bestimmten Analysen oder Aktivitäten von unserer Seite zur Sprache kam, fanden wir kein Gehör, im schlimmsten Fall drohte Ausgrenzung und der Vorwurf des Verrats Wir haben diese Veranstaltung also auch organisiert, weil wir unsere eigene Position zur RAF klaren wollten, weil wir eine Form der Solidarität erklären wollen, die von der Gleichberechtigung der Beteiligten ausgeht, kein hierarchisches Verhältnis zueinander enthält und diese Fragen nicht mehr nur Spezialisten und 100%igen überläßt. RAF und Unterstützerkreise arbeiteten bisher auf der Grundlage dieses hierachischen Verhältnisses.

Das Gefälle, das dabei zu Tage tritt, weist auf einen grundsätzlichen Mißstand hin, der verkürzt formuliert auch als ein Gegensatz von Kultur und Politik beschrieben werden kann, oder noch einfacher als Trennung zwischen Genuß und Widerstand

•

Die Geschichte des bewaffneten Kampfs und anderer Formen des militanten Widerstands kann nicht nur von ihren Ergebnissen her betrachtet werden (weder um diese Ergebnisse gegen sie zu wenden, noch um einfach trotzdem weiterzumachen). Die Ergebnisse sind ja bekannt, und viele haben Erfahrungen gesammelt mit den zahllosen gescheiterten Versuchen, die Revolution, die Autonomie, den antiimperialistischen oder den kommunistischen Kampf zu führen oder durchzusetzen. Viele von denen, die gekämpft haben, wollen davon heute nichts mehr wissen; sind da, wo Leute ihres Alters und ihrer Herkunft jetzt eben sind: in Lehrerposten oder bei der Müllabfuhr (in Privatsendern oder beim Film, wie Herr Wenders). Wo einige von denen sind, die den Kampf für ihre Hoffnung mit allen Konsequenzen und aufrichtig geführt haben, wissen wir: Irmgard Möller, die Ende der 60er Jahre den Kampf gegen dieses System aufgenommen hatte, sitzt seit 22 Jahren im Knast. Wenn wir mit Irmgard und den anderen Gefangenen solidarisch sind und ihre Freilassung fordern, heißt das nicht, daß wir uns auf die damit konkret verbundene Geschichte, nämlich die der RAF, fixieren lassen. Was uns zunächst interessiert hat, jenseits der hierarchisch geführten Organisationsdebatten und den mit ihr verbundenen Verdrängungen, ist die Betrachtung jener Phase, die noch vor der Verhaftung Irmgards im Juni 1972 liegt. Das ist also noch vor der Einfuhrung der Isolationsfolter als gewissermaßen normaler Strafvollzug gegen Militante, vor dem Versuch, bei Ulrike Meinhof eine Gehirnoperation zu erzwingen, vor den gescheiterten Aktionen, die Gefangenen der RAF zu befreien ... Wir haben von der Geschichte vor 1972 zumindest Splitter zusammenstellen wollen, weil es uns auch darum geht, die verschiedenen Mythologisierungen und Dämonisierungen der RAF durch die Erinnerung an ihre Vorgeschichte aufzubrechen. Jene vier oder fünf Jahre zu betrachten, ist aber schon allein deshalb naheliegend, weil es die wenigen Jahre waren, die Irmgard Möller in Freiheit lebte und in der subkulturellen Bewegung Münchens aktiv war. Darauf zurückzukommen hat für uns also nichts mit beschaulicher 68er Nostalgie zu tun. Es geht vielmehr darum, eine Phase der Geschichte zu rekonstruieren, in der die verschiedenen revolutionären, hedonistischen, oppositionellen oder analytischen Ansatze in einer Form nebeneinander existierten und im Konflikt mit der Gesellschaft standen, wie dies danach nur noch einmal vom Punk erlebt und von der autonomen Linken bewußt zu organisieren versucht worden ist.

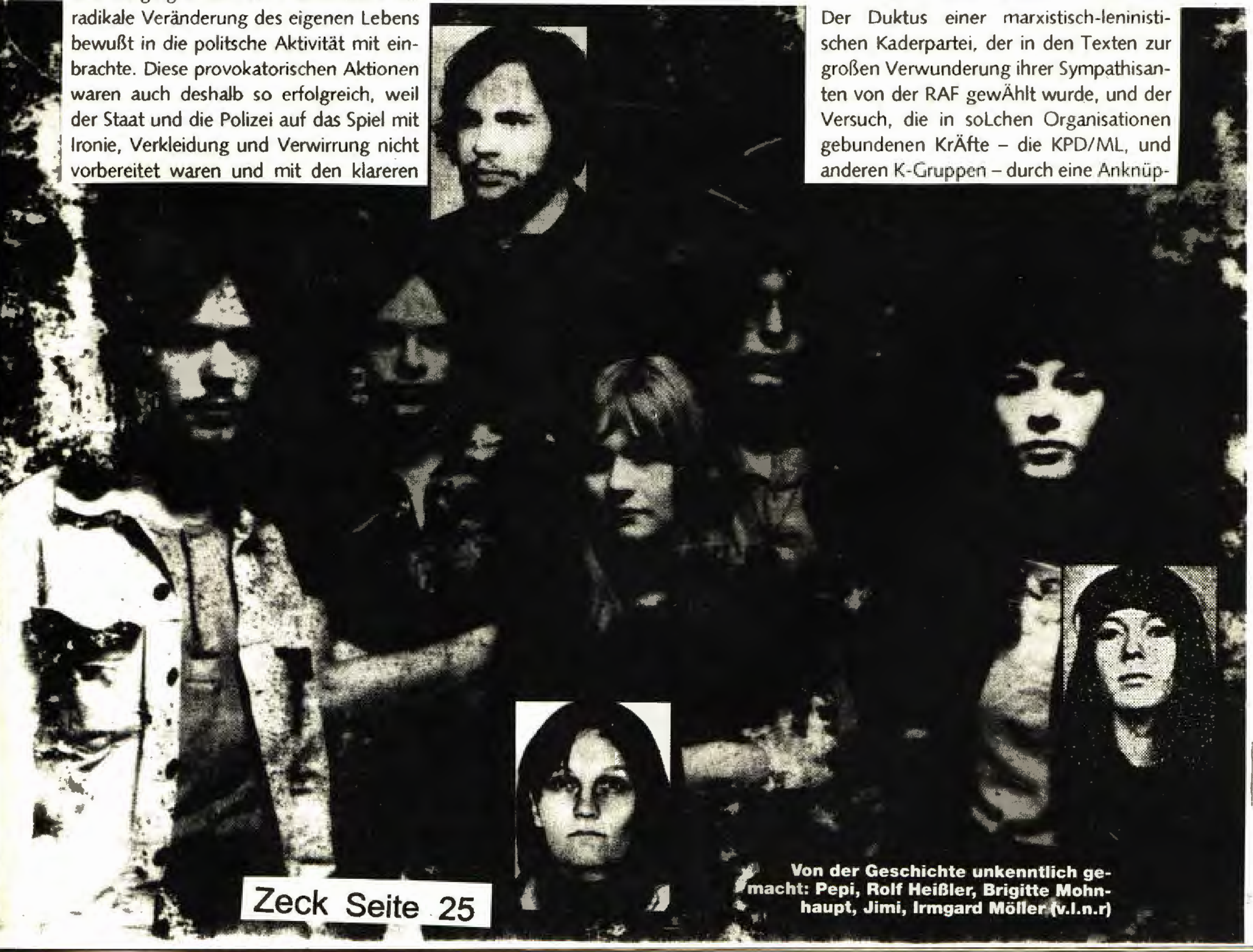
Natürlich haben sich die Verhältnisse in den letzten 25 Jahren in einer Weise verschärft und verändert, die es naiv erscheinen läßt, die damaligen Lebens- und Kampfformen, die Diskussionen und Forderungen einfach nur zu beschreiben. Zwischen 1966 und 1969 wurde die faschistische Kontinuität der deutschen Nachkriegsgeschichte das erste Mal massiv aufgebrochen. Der gegen die deutsche Normalität geführte Kampf verlief an Fronten und über Forderungen, die oberflächlich betrachtet heute zum großen Teil verwirklicht sind. 1967 war die Oppositionslinie jedoch in einem tiefen Konflikt mit der gesamten Gesellschaft und Forderungen nach freier Sexualität und gemeinschaftlichem Wohnraum, nach dem Genuß von Drogen und Musik ließen sich noch nicht trennen vom Kampf gegen reaktionäre Strukturen in den Unis oder in den Betrieben, von der Suche nach Analysen, die den Klassenfeind begreifend ihn in die Knie zwingen helfen sollten.

Wenn vom SDS und der APO die Rede ist, wird gern unterschlagen, daß die Gründungsmitglieder der RAF jener antiautoritären Fraktion nahestanden, von der 1967 die wirkungsvollsten Aktionen des SDS ausgingen und die insbesondere die radikale Veränderung des eigenen Lebens bewußt in die politsche Aktivität mit einbrachte. Diese provokatorischen Aktionen waren auch deshalb so erfolgreich, weil der Staat und die Polizei auf das Spiel mit Ironie, Verkleidung und Verwirrung nicht vorbereitet waren und mit den klareren Fronten den bisher üblichen Mittel besser umgehen konnten. Sie wären insofern schon »militant«, als sie den Bruch mit den Versöhnungsangeboten der Öffentlichkeit zum Ausgangspunkt hatten.

Die APO-Bewegung breitete sich bis Ende 1968 mit so unerwartet hoher Geschwindigkeit aus, daß an die Organisationsfrage ganz neue Anforderungen entstanden. Seit 1969 entstanden so viele Ansätze, die Bewegung fester und effektiver zu organisieren, wie innerhalb und außerhalb dieser Ansätze die Gefahr des Verlustes der Radikalität zunahm. Durch die Erschießung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 und den Anschlag auf Rudi Dutschke im April 1968 sowie insgesamt die Zunahme staatlicher Repression – Ende 1969 liefen um die 10.000 Ermittlunsverfahren gegen APO-Mitglieder – stieg die Bereitschaft zu illegalen Aktionen. Die RAF entstand als eine Organisation neben vielen anderen, in denen illegale Aktionen geplant und durchgeführt wurden. Sie entstand als von »Terror« und »Terroristen« in der bürgerlichen Presse schon lange die Rede war, obwohl nur mit Tomaten geworfen wurde oder Pudding-Attentate vorbereitet wurden. Über den »Terror« der APO schrie diese Presse immer dann besonders laut, wenn er von seiten der Polizei verschärft ausgeübt worden war – ganz zu schweigen von den Situationen, in denen es gelang, sich dem staatlichen Terror zu widersetzen. Als die RAF den bewaffneten Kampf auf die Tagesordnung setzte, waren damit noch keine Erfahrungen gesammelt worden. Die Reaktion des Staates war andererseits umso härter. Auch wenn die RAF auf ihrem Weg das utopische Element verlor, so kann sie doch nicht von ihm getrennt werden, bestand doch die Hoffnung, sich durch das neue Kampfmittel gegen den verschärfter vorgehenden Staatsapparat eine neue Beweglichkeit und Schlagkraft anzueignen. Die ersten Erklärungen knüpfen noch an Begriffe aus der antiautoritären Bewegung an: die RAF wollte demonstrieren, daß man gegenüber dem bewaffneten Staat die Initiative behalten kann, wollte Mut machen, exemplarisch den Gehorsam verweigern und den durch die Repression Demoralisierten neue Hoffnung geben. Der vorweggenommene Schritt in die Illegalität sollte beweisen, daß der Staat die Linke mit der Kriminalisierung nicht mehr wurde treffen konnen.

•

Der Duktus einer marxistisch-leninistischen Kaderpartei, der in den Texten zur großen Verwunderung ihrer Sympathisanten von der RAF gewÄhlt wurde, und der Versuch, die in soLchen Organisationen gebundenen KrÄfte – die KPD/ML, und anderen K-Gruppen – durch eine Anknüp-



Von der Geschichte unkenntlich gemacht: Pepi, Rolf Heißler, Brigitte Mohnhaupt, Jimi, Irmgard Möller (v.l.n.r)

fung an eine maoistische Terminologie zu gewinnen, ist insbesondere erstaunlich, bedenkt man ihre Herkunft aus dem antiautoritären Milieu. Wenn die RAF »Dem Volke dienen« wollte, so war das »Volk« aufgrund der Erfahrung von Ulrike Meinhof, Andreas Baader und anderer RAF-Mitglieder mit randstandigen Jugendlichen klar definiert als derjenige Teil, der in einem mehr oder weniger entschiedenen und gewalttätigen Konflikt mit der Gesellschaft stand. Das theoretische Gerüst des Maoismus auf die Deutschen und ihre Geschichte anzuwenden, konnte nicht gelingen. Eine entscheidende Veränderung im maoistischen Guerillakonzept wurde daher auch genau dort vorgenommen, wo es um die Einbindung der Bevölkerung in den Kampf und die Angewiesenheit auf deren Unterstützung im Rückzugsgebiet ging. Für Mao bewegte sich der Guerillero im Volke wie ein Fisch im Wasser, konnte



nach Überraschungsangriffen dem Zugriff des überlegenen Feindes entwischen. Die RAF sah das helfende Wasser in der Anonymität der Großstadt, also genau dort, wo die modernen kapitalistischen Verhältnisse zur Vereinzelung der Menschen in der Masse geführt hatten.

1970 bis 1972 konsolidierte sich die Gesellschaft gegenüber den Angriffen von links so weit und begann auch die vielen kleinen unorganisierten und mit Gewalt geführten Konflikte so gut zu kontrollieren, daß die radikalen Elemente immer einfacher und öfter isoliert wurden; dazu gehörte auch, daß große Teile der Linken sich ihr Verhältnis zur Gewalt vom Staat diktieren ließen und sich insbesondere vom bewaffneten Kampf distanzierten, obwohl die RAF in der Bevölkerung überraschend viel Sympathie erlangte. Die RAF selbst hat ihrerseits ihre Avantgarde-Rolle auch immer gegen ihr linkes Umfeld eingesetzt, Bedenken und Kritik mit der Frage nach der Konsequenz abgewehrt. Der Versuch der Stadtguerilla, die Situation der Linken 1972 durch eine neue Offensive zu retten, ist nicht ohne die Enttäuschung über ihre Isolation und die berechtigte Befürchtung der Integration des revolutionären Potentials in das SPD-regierte System zu verstehen. Die Offensive der RAF im Mai 1972 setzte aber eine beispiellose Fahndungsaktion des Staates in Gang und führte schließlich zur Verhaftung fast sämtlicher Illegalen; die schutzende Funktion, die die Illegalitat haben sollte, erwies sich als unhaltbar. Was dann mit dem Gefangenen in deutschen Knästen passierte, wie die Einführung der Isolationsfolter in der Öffentlichkeit geschützt und von überraschend vielen Linken ignoriert wurde, war auch ein Novum in der Nachkriegsgeschichte. Es verschärfte die Isolation der RAF und drängte sie noch weiter in Aktionen und Organisationsformen, die weit von den Hoffnungen der Anfänge lagen. Mit der Abkehr eines großen Teils der Linken von den Gefangenen, gerade als der Staat mit unglaublicher Härte ein Vernichtungsprogramm gegen sie durchführte, entstand das Dilemma, das lange die Solidaritatskampagnen für die RAF belastete: die von den Unterstützerkreisen fortgesetzte Politik des kompromißlosen Bruchs mit allen, die die radikale Linie nicht teilten. Es waren fast nur die aktiv gegen die Isolationsfolter Kampfenden, die die erschütterten Details des Schicksals der Gefangenen in den Hochsicherheitstrakts kannten oder kennen wollten.

Die RAF war nicht nur Avantgarde für jene, die eine internationalistischen Perspektive suchten; sie hatte auch Vorbildfunktion fur eine Tendenz in der Linken, die alle spielerischen, künstlerischen oder kulturellen Strategien mit der Frage nach praktischer Wirksamkeit unter Druck setzte: In der Linken der 70er Jahre – und auch heute noch – war harte Arbeit angesagt, nicht Musik, Bilder oder Genuß; Verbindlichkeit und Disziplin wurden gefordert, auf Unzuverlässigkeit und ungreifbare Provokationen auch des internen Konsens' wurde mit Ausgrenzung reagiert. Der Kampf mit der Knarre galt hier als radikalste Verwirklichung dieser Disziplin, und das, obwohl die RAF aus einem Milieu hervorgegangen war, in dem die provokatorischen, antiautoritären Aktionen geplant wurden. Dabei sind gerade die Stadtguerillaaktionen in Westeuropa, wie auch andere militante Kampfformen der Linken, in hohem Maße abhängig gewesen von ihrer Vermittlung über die Bilder in den Medien. Dieser Zusammenhang wurde in der Linken und in der RAF nur wenig diskutiert. Gegen das Kriterium der Wirksamkeit und einer scheinbar unwiderlegbaren Eindeutigkeit der Aktionen bestehen wir darauf, daß die Vieldeutigkeit und die Vielfältigkeit des Widerstands, daß insbesondere Ironie, das Spiel mit Verkleidungen und Doppeldeutigkeiten ein wichtiges Mittel des Kampfes sind, hilfreich vor allem für Minderheiten, für Kräfte, die in dem gesellschaftlichen Alltag mit harten Repressionen zu rechnen haben, wenn sie offen auftreten. Diese Strategien bewahren auch das utopische Element des Kampfes. Der Verdacht des Karrierismus oder der Beschränkung auf Mode und Life-Style-Kultur, der gegen Musiker und Künstler vorgebracht wird – und die damit verbundene Diskriminierung von Drogen und Rausch – verkürzt undifferenziert die besonderen Möglichkeiten, die im subkulturellen Kontext entwickelt werden. Die Radikalität der Kritik kultureller Strategien wird von den traditionel Politischen aufgrund dieser Verdächtigungen nicht wahrgenommen und hat auf der anderen Seite dazu gefuhrt, gerade gegenüber diesen politischen Perspektiven eine Sprache zu entwickeln, die ihnen nicht mehr verständlich ist und die sich über deren enge Begrifflichkeit lustig macht.

•

Dies wurde erstmals massiv durch die Punkbewegung gegen die Linke eingesetzt. Wie schon Anfang der 70er Jahre übte die RAF am Ende der 70er Jahre eine glamourose Faszinatione auf die jüngere Generation aus. Sie stand mit ihrer Integrität als das konsequenteste Symbol gegen die Gesellschaft, die man selbst – meist unreflektiert – mit allen ihren Widerwärtigkeiten haßte. Anders als unter dem Einfluß der APO spielte sich diesmal die Rebellion deutlicher in einem ästhetisch-symbolischen Raum ab, wenngleich die Punks in der Realität mindestens ebenso gejagt und verdammt wurden, wie um 1968 die Antiautoritären. Aber vor allem wegen der mangelnden Integrität der nachgebliebenen 68er und ihrer Politik wollte man mit Politik im eigentlichen Sinne nichts zu tun haben. Wer über Politik redete, »laberte eh nur«. Aus unserer Sicht hatten sich die Errungenschaften der 68er als Selbstlüge herausgestellt. Alle rebellischen Ansätze hatten sich in eine friedfertige und harmlose Idylle verflüchtigt. Ihre alternativ progressive Selbstzufriedenheit, ihr phantasieloses Outfit, ihre Kommunikationsstrukturen paßten zu den langweiligen und depressiven Megabands, wie Genesis oder Pink Floyd, die sie verehrten, zu den Diskos und den Tänzen, die sie dort aufführten; es war die Perversion einer vormals revolutionären Haltung. Wir Punks haßten sie dafür. Für uns ging es darum, uns außerhalb des gesamten politischen und kulturellen Konsens' zu stellen, eine mit symbolischen Mitteln gefundene Kriegserklärung gegen den ethi-

schen und ästhetischen Minimalkonsens der kapitalistischen Gesellschaft zu formulieren und zu leben. Die grundsätzliche Weigerung, irgendwelche Regeln aufzustellen oder Fragen nach dem Aussehen unserer Utopie zu beantworten, wie überhaupt den Punk festzulegen oder ihn als eine Bewegung anzusehen, ließ das Ganze in die widersprüchlichsten Richtungen ausufern. Ein Hakenkreuz und ein RAF-Zeichen waren kurze Zeit gleichermaßen taugliche Symbole, den Konsens der goldenen, soziailiberalen 7Oer Jahre zu erschüttern. War das Hakenkreuz erst dazu gedacht, dem Spießer, dem man den geheimen Wunsch nach der faschistischen Ordnung unterstellte, mit dem tabuisierten Symbol den Spiegel vorzuhalten, entwickelte es sich schnell zu einem ernstgemeinten Symbol für Leute, deren Verhältnis zur Gewalt nicht mehr, wie ursprünglich gedacht, ein symbolisches war.

Aus der Symbolhaftigkeit der Gewalt und der Tatsache, daß die RAF in der deutschen Öffentlichkeit – auch von ihrer alten Linken – zum absoluten Bösen gemacht wurde, entstand für uns ihr Reiz. Wir suchten mit Punk, ohne daß dies je erklärt wurde, nach einer Übersetzung der Radikalitat der RAF in eine kulturelle ästhetische Strategie; wir trennten die von der RAF geforderte Konsequenz von deren unmittelbaren Praxis – also auch von ihrer eigenen Position – ab.

Ein Antikapitalismus, der jeden abstrakt zum »Opfer« erklärt ohne die Frage zu stellen, wie sich dieses »Opfer« organisiert, setzt sich moralisch zwar immer ins Recht, gerät aber zunehmend ins Schleudern, wenn die Verhältnisse komplexer werden: Daß in der Erklärung zur Erschießung von Rohwedder die angeschlossene DDR-Bevölkerung ausschließlich in der Opferrolle begriffen wurde, mag ja menschlich nobel sein, politisch ist es ungefähr so radikal und den Verhaltnissen entsprechend, wie die Analyse irgendeines SPD- oder Grünen-Abgeordneten. Wenn, wie es heißt, die im Kampf verwendeten Mittel der Analyse entsprechen müssen, kommen wir hier zu einem paradoxen Ergebnis: Wie kommt es dazu, daß sich eine Guerilla positiv auf ein ganzes Volk bezieht, dessen Opposition zu einem System, das es selbst gewählt hat, sich darin ausdrückt, im Schulterschluß mit seinen westlichen Brüdern und Schwestern Angehörige anderer Kulturen zu verfolgen.

•

Die richtige Erkenntnis, daß das Elend der Peripherie ihre Ursache in den kapitalistischen Zentren hat und daß der Kampf um Befreiung internationalistisch gedacht werden muß, führte zu dem Entschluß, die Befreiungsbewegungen der 3.Welt, vor allem den Vietcong direkt und militant im Herzen der Bestie zu unterstützen. Die praktische und richtige Konsequenz war der Angriff auf die US-Armee Headquarters in der BRD und die Computerzentren, von denen die Bombardierung Nordvietnams gesteuert wurde. In dieser internationalistischen Perspektive verlor sich das Bewußtsein für die faschistischen Tendenzen in der deutschen Bevölkerung; die Kontinuität der deutschen Geschichte seit 1933 erscheint in den meisten Papieren der RAF nur verkürzt, als Transformation vormoderner faschistischer Verhältnisse in die durch die USA kolonisierte. So ist es erstaunlich, daß in der Begründung der Entführung von H.M.Schleyer dessen personalunionistische Verkörperung vom SS-Offizier im Dienste der faschistischen Kriegswirtschaft zum Arbeitgeberpräsidenten in der BRD nicht problematisiert wird; für die RAF ist er nur eine Marionette des US-Imperialismus, ein durch ihn an die Macht gebrachter deutscher Kapitalist.



•

Die Basis für diese Form von Politik liegt in einer Analyse, die die gesellschaftliche Wirklichkeit zum Beispiel der BRD beschreibt als Teil eines imperialistischen Gesamtsystems, ein hierarchisch organisiertes Gebilde, in dem der US-Imperialismus die Führungsrolle hält, eine imperialistische Weltordnung, die ein klares Oben und Unten hat, einen Chef, eine Zentrale, einen Plan und ein Ziel. In dieser in den 80er Jahren benutzten Konstruktion gibt es keine Widersprüche innerhalb des herrschenden Lagers, keine Differenzierungen zwischen den Opfern des Kapitalismus, und es gibt auch keine widersprüchliche Vorgehensweise zwischen EG-Politik und der der USA zum Beispiel in Nicaragua oder gegenüber Kuba. Diese These von einem gesamtimperialistischen Vollzugsplan ohne Widersprüche, Fehler und sich andemde Taktiken verkennt die komplexe Wirklichkeit der weltweit stattfindenen Klassenkämpfe und erlaubt logisch nur eine Sicht von oben, die eben notwendig ist, um gut und böse so einfach behaupten zu können. Durch die Konstruktion eines monolithischen Gegners schafft man sich natürlich ein Ziel, das man mit jedem Schlag, den man gegen ihn führt, auch trifft.

Hier liegt die Wurzel für einen Moralismus, der so schwierig zu kritisieren ist, weil seine Elemente nie direkt zur Sprache kamen. Ergebnis war immer das schlechte Gewissen und Unbeweglichkeit derer, die zwar aufgrund der skrupellosen Repressionspolitik des Staates mit dem Kampf der RAF solidarisch waren, ihre Politik und Organisationsform allerdings ablehnten. Die Konsequenz mit der die RAF kämpfte, brachte andere, die so nicht kämpften, die nicht beweisen konnten, Opfer gebracht zu haben, oder zumindest durch ihre Linientreue die Breitschaft signalisierten, sie irgendwann zu bringen, in einen Begründungsnotstand. Von seiten der RAF wurde immer mit dem schlechten Gewissen der anderen gearbeitet. Der permanente Hinweis auf die eigenen Opfer, die Gefangenen, die kaltblütig Erschossenen und die zu Tode Gefolterten, hat jede Kritik an der RAF und an dieser Argumentationslogik abgewehrt. So baute sich eine autoritäre, hierarchische Sprache auf, die jeder abweichenden Meinung, ja sogar Unwissenden, also allen Uneingeweihten sofort den Verrat an der revolutionären Sache, die Ignoranz gegenüber den von der RAF gebrachten Opfern unterstellte.

Unsere Veranstaltung sollte der Versuch sein, die bekannten Barrieren der Politik zu durchbrechen, um ohne das Klima der Vorwürfe, Rechthaberei und Opferbereitschaft eine breitere Basis zu finden.

Januar 94 *Wohlfahrtsausschuß HH*

GRUNDRISSE autonomer Politik

Autonome auf dem Weg ins 21. Jahrhundert

So, oder so ähnlich könnte das Motto eines autonomen Kongresses lauten, der im Herbst diesen Jahres in Berlin stattfinden soll. Als Datum spricht vieles für das verlängerte Wochenende 1., 2. und 3. Oktober (Samstag, Sonntag und Montag als Feiertag).

Mit dieser Veröffentlichung verläßt die Kongreßidee unsere "internen" Strukturen und ist damit zu einer öffentlichen Angelegenheit geworden, die Ihr mitentscheiden könnt, aber auch mitverantworten müßt.

Kurz zur Vorgeschichte: entstanden ist die Idee aus einer Gruppe von Menschen aus verschiedenen autonomen Zusammenhängen und Einzelpersonen, die sich wegen des vorhersehbaren Desasters des letzten 1. Mai kurz vor dem 1. Mai bildete (das sogenannte "autonome Mai-Plenum") und die sich auch noch danach regelmäßig traf. Da an diesem 1. Mai '93 exemplarisch "uns" unsere derzeitige Inhaltsleere und fehlende Substanz als sich kollektiv organisierende Kraft auf die Füße fiel, begannen wir eine Diskussion, was "uns" eigentlich substantiell von den ML-Gruppen unterscheidet. Außerdem wurden verschieden Möglichkeiten diskutiert, ob und wie wir den nächsten Mai wieder in unserem Sinne gestalten können. Dabei kam unter anderem die Idee auf, den nächsten 1. Mai mit einem autonomen Kongreß zu verbinden, daß die Demo sozusagen als Abschlußveranstaltung des Kongresses wieder deutlich Ausdruck von undogmatischen, libertären und autonomen Inhalten sowie Lebens ist.

Deutlich wurde uns bei der Diskussion auch, daß die derzeitige Krise keine Frage von einer einfachen "Neuordnung der Parolen" ist und auch nicht durch das Ausmachen neuer Feinde und ihrer Bekämpfung zu lösen ist, sondern es zuerst mal einer schonungslosen Aufarbeitung unserer eigenen Erfahrungen Politik, Fehler und Erfolge der letzten Jahre bedarf.

Wir wollen explizit einen Kongreß machen, in dem *"wir" über "uns" und "uns" in Bezug auf die uns umgebende Gesellschaft reden und diskutieren.* Und nicht die x-te Auflage einer Aufzählung aller Gemeinheiten und Bösartigkeiten der Welt, der wir unser "anti" entgegenschleudern. Daß dies eben nicht ausreicht, müßte so langsam klar sein. Es geht uns darum, uns über substantielle Punkte und Inhalte zu verständigen, die mehr sind als eine pure Negation des Bestehenden.

Bei mehreren "internen" Treffen stellte sich das grundsätzliche Interesse an einem solchen Kongreß als ausreichend genug heraus, diese Idee nun konkret anzugehen. Eine große Mehrheit meinte, daß ein Kongreß unsere Probleme mit dem 1. Mai nicht löst und deshalb die Kongreßidee vom 1. Mai zu entkoppeln ist. Außerdem waren vielen die vier Monate Vorbereitungszeit zu kurzfristig und zeigten sich überzeugt, daß bis Herbst mehr ausgearbeitete Beiträge zu erarbeiten sind.

Nach langen Diskussionen haben wir uns wegen der Grundsätzlichkeit der Fragestellungen für einen überregionalen, bundesweiten Kongreß entschieden,
obwohl von einigen eine regionale Ausrichtung favorisiert wurde; einerseits wegen der besseren Überschaubarkeit der Aufgabe und um die regionalen Strukturen zu stärken. Dies ist im wesentlichen der augenblickliche Stand der Diskussion Mitte Januar.

Bei den ersten Treffen zur Diskussion der Kongreßidee zeigte sich, daß es bereits eine ganze Menge an Themenvorstellungen gibt; zum Teil konkret Fragestellungen, zum Teil auch nur Stichworte, zu denen sich die genaue Fragestellung noch ergeben müßte.

Mit einer ausdrücklichen Vorstellung der einzelnen Diskussionsvorschläge wollen wir warten, bis wir Eure Reaktion haben und bis klarer ist, wer sich um die Vorbereitung der einzelnen Themen kümmert.

Jetzt wollen wir nur umreißen, aus welchen Bereichen die Fragen kommen, um euch deutlich zu machen, welche Erwartungen es bisher an den Kongreß gibt, und um Eure Phantasie anzuregen, damit ihr Eure eigenen Themen, Thesen und Fragestellungen einbringt.

1. Autonome Strukturen;

dies bedeutet oftmals Unorganisiertheit, Bewegungsabhängigkeit, Unerreichbarkeit nach außen - geschlossene, quasi familiäre Gruppenstrukturen, verdeckte Hierarchien, dörflicher Tratsch und Klatsch nach innen. Wie können wir zu solidarischen, nichtrepressiven, konfliktfreudigen und offenen Strukturen untereinander kommen?
Stichworte: das "Weggehen" und das Auseinanderfallen von Gruppen; Fehler machen und Verantwortung übernehmen; Geld ranschaffen als Alltagsproblem; autonomer Konsum;

autonome Wundergläubigkeit (z.B. in der Homöopathie);
Verhältnis zu den Gefangenen; Ost-West-Probleme unter den Autonomen.

2. Autonome Geschichte;

die autonome Bewegung hat eine Geschichte in der StudentInnenbewegung der 60er Jahre, der Sponti-Bewegung und der Anti-AKW-Bewegung der 70er Jahre und den militanten Gruppen dieser Zeit. Für viele der heute 20-jährigen sind aber auch die Häuserkämpfe der 80er Jahre schon wieder Teil der Geschichte. Wie lernen wir aus (unseren) Erfahrungen, wie geben wir Erfahrungen weiter?
Stichworte: linke Geschichte seit '68; Erfahrungen aus der Geschichte von RAF, RZ und 2.Juni; antiautoritäre Erziehung; Generationskonflikte unter den Autonomen; Geschichtsbilder in den Schulen.

3. Autonome Theorie;

nach allgemeinem Verständnis gibt es die bisher nicht, wohl aber den Bezug auf andere Gesellschaftstheorien. Der (kritische) Bezug auf sie bzw. die Abgrenzung von ihnen umreißt sehr vage den politischen Standort der Autonomen. Schaffen wir es, autonome Politik mehr als bisher auf den Begriff zu bringen und diskutierbar zu machen?
Stichworte: Patriarchat; triple oppression; Toyotismus (nach K.H. Roth); Stalinismus-Kritik; Veganismus; Autonomie - als Verhaltensprinzip zur politischen Kraft.

4. Autonome Politikfelder;

sie sind der praktische Ausdruck unserer Gesellschaftskritik, dabei geraten wir leicht in die Gefahr, die rolle eines gesamtgesellschaftlichen Gewissens zu übernehmen, stellvertretend für andere zu handeln und so autonome Grundsätze zu verlassen. Was erfordert die gesellschaftliche Situation an praktischem Verhalten und wie kann das rückbezogen werden auf das Autonomie-Prinzip, das wir gesellschaftlich vertreten wollen?
Stichworte: Umstrukturierung und eigene Utopien; gesellschaftliches Roll-Back gegen Frauen (Frauenarbeitsgruppe); Antirassismus und soziale Frage; Mobilität und Verkehrspolitik; Antifa-Strategie, Situation an der deutschen Ostgrenze; Kritik der autonomen Anti-Golfkriegspolitik; Internationalismus und autonomes Selbstverständnis.

5. Autonome Außendarstellung;

hat bisher meist Signalcharakter. Die Haßkappe ist zum Symbol für das Dagegen-Sein geworden.
Aber wofür sind wir und wie tragen wir das nach außen?
Stichworte: Medienmacht und der autonome Umgang damit; autonomer Forderungskatalog zu gesamtgesellschaftlichen Problemen.

Wir gehen davon aus, daß es aufgrund Eurer Vorschläge weitere eigenständige Themenbereiche geben wird, die hier noch nicht auftauchen. Ganz sicher wird es einen Komplex zu antipatriarchalen / feministischen Fragen geben (Frauen-/ Männer-/ Gemischte Gruppen), wozu uns aber bisher noch keine konkreten Vorschläge vorliegen. Auch über Beiträge von GenossInnen, die nicht so einfach als VertreterInnen ihrer Organisation bzw. Zusammenhänge öffentlich auftreten können, würden wir uns freuen.

Außerdem soll während des Kongresses viel Platz zum Kennenlernen, Reden, zum Essen, Feiern, für Konzerte und alle möglichen kulturellen Beiträge sein.

Schreibt uns Eure Kritik, Eure Vorschläge oder Eure Ankündigung für Eure eigene Beteiligung.

Ungefähr Mitte März wollen wir eine erste detaillierte Themenliste veröffentlichen, Was bis Anfang März als Reaktionen da ist, können wir dabei berücksichtigen.

das Vorbereitungsplenum am 18.1.94

Unsere Kontaktadresse lautet:
Kongreßini
c/o Mehringhof
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Zu "Beruf Neonazi" und uns

Ich will hier mal was über die Versuche schreiben, die Vorführungen des Films "Beruf Neonazi" Anfang Februar im Metropolis zu verhindern. Dabei geht es mir weniger um die Aktionen selbst, als um "unsere" (heißt für mich immer noch: "die Autonomen") ganze Schwäche, die sich daran ausgedrückt hat.

- Da ist erstmal das reine Reagieren, aus dem unsere Politik besteht. Auf von außen gesetzte Anlässe zu reaieren ist ja o.k., aber wo Planung und Vorbereitung möglich ist, sollte sie doch auch erfolgen. Stattdessen haben alle so getan, als ob die abgesagte Vorführung im Zeise-Kino der einzige Versuch bleiben würde, diesen Film in HH zu zeigen, was ziemlich blauäugig war. Als die Pläne des Metropolis dann bekannt wurden, waren noch 1 bis 2 Wochen Zeit, die nicht dazu genutzt wurden, über einzelne Gruppen hinaus Aktionen vorzubereiten, oder wenigstens darüber zu reden. Das geschah meines Wissens erst ganz kurz vor der Aufführung.



- Dabei hätte gerade diese Aktion eine Menge an Diskussion vorausgesetzt. Die Meinungen zu dem Film, seiner (öffentlichen) Vorführung und der Notwendigkeit/ Möglichkeit/ Auswirkung ihrer Verhinderung gingen auch in unserem Spektrum weit auseinander. Ohne eine Diskussion - und zwar eine, die über die eigene zu diesem Thema wahrscheinlich auch gespaltene Politgruppe oder das private Umfeld hinausgeht - war es nicht möglich, daß zumindest einige von uns einen gemeinsamen Standpunkt und damit eine Handlungsmöglichkeit entwickeln

- Damit hängt auch unsere mangelnde "theoretische" oder besser inhaltliche Auseinandersetzung zusammen, bzw. das niedrige Ausmaß dieser Auseinandersetzung. Über "Beruf Neonazi" ist viel geschrieben worden und das nicht nur im abgehobenen Feuilletons, sondern z.B. auch in der 17°C. Die Beschäftigung damit konnte genug Gründe liefern, die Ausstrahlung des Films abzulehnen und die Bedenken gegen eine Verhinderungsaktion zu überwinden.



- Ganz wesentlich und mit all diesen Gründen zusammenhängend sehe ich im Moment die Nachteile oder sogar Lähmung durch die Struktur unserer Zusammenhänge, d.h. für mich, daß fast alles an Diskussion, Information und Aktion über Politgruppen und darüber hinaus höchstens noch über persönliche Kontakte läuft.

Die Vorteile und Notwendigkeit, gerade in einer Szene wie in HH, Gruppen zu bilden und sich wesentlich auf diese zu beziehen, sind unbestreitbar. Aber zur Zeit kommt es mir so vor, daß wir uns zu sehr in unsere Gruppe zurückziehen. Ob eine Aktion wie die zu "Beruf Neonazi" läuft, bleibt dem Zufall überlassen, nämlich dem, ob die einzelnen Gruppen sich überhaupt damit auseinandersetzen, ob sie sich zu Aktionen entscheiden und ob diese Aktionen zusammenpassen. Das war diesmal alles weitgehend nicht der Fall und das Ergebnis ziemlich katastrophal. Auch den Nicht-Umgang mit dem Fall Waßmann würde ich unter anderem auf diese Strukturen zurückführen, die das Ignorieren von Sexismus begünstigen.

Wir sind nicht mehr so viele und zum großen Teil nicht mehr so aktiv wie zu Bewegungszeiten, viele unserer Politikformen und Utopien sind oder scheinen überholt. Wenn wir weiter in unseren Gruppen und Nischen rumwurschteln, werden wir immer weniger bewegen und ausstrahlen, schotten wir uns gegen[illegible] nicht-organisierten oder einfacn nur interessierten Einzelpersonen ab und geraten so weit in die Defensive, daß wir irgendwann auch unsere paar Freiräume verlieren werden. Neue Aktionsformen und Perspektiven, die angesichts der ganzen Scheiße um uns rum nötig sind, finden wir so erst recht nicht.

Stattdessen sollten wir wenigstens die Srukturen, die wir haben (z.B. Flora, Zeck, Schwarzmarkt usw.) verstärkt nutzen für Diskussion, Information, Koordination und mehr, um das, was wir an Kraft noch haben, gezielt und gemeinsam einzusetzen.

So, das war ins Blaue geschrieben, aber vielleicht löst es ja was aus.

DC



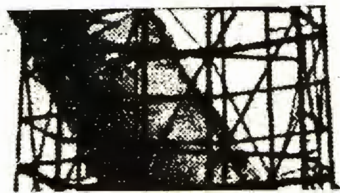
Aufruf zu einer Frauen/Lesben Knastkundgebung in Hannover am 12.März, 14 Uhr.

Wir Frauen und Mädchen: Lesben oder nicht, aus allen Ländern, schwarze, weiße, behinderte, junge, alte,... wollen am 12.März eine starke Kundgebung vor dem Frauenuntersuchungsknast in Hannover, Schulenburgerstraße, machen.
Der 8.März (diesmal leider ein Dienstag - deshalb haben wir den darauffolgenden Samstag gewählt) ist für uns Frauen ein Tag, dem eine lange Tradition zu grunde liegt. Dieser Tag wurde von der autonomen, antiimperialistischen Frauenbewegung Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre in Anknüpfung an Clara Zetkin, die diesen Tag 1910 in Deutschland als Frauenkampftag einführte, wiederaufgegriffen. An diesem Tag feiern Frauen weltweit und machen ihre politischen Forderungen öffentlich. 1982 entstand die Initiative puertoricanischer Frauen, international Kundgebungen an Hochsicherheitstrakten durchzusetzen.
Auch in der BRD gab es zum 8.März schon mehrere Knastkundgebungen und Demonstrationen, die am Knast vorbeiführten, so 1981 in Lübeck und 1989 in Hamburg und Frankfurt. Der internationale Frauenkampftag wird immer wieder dazu genutzt, aufzuzeigen, wie lange Frauen schon für ihre Befreiung kämpfen. Auf diese Weise wollen wir unserer vermeintlichen Geschichtslosigkeit entgegentreten.

Ziel unserer Knastkundgebung am 12.März sind:

1. Solidarität mit der Irin Pauline O 'Kane, die nunmehr seit mehr als einem Jahr in Hannover in U-Haft sitzt. Sie ist damit die zur Zeit dort am längsten inhaftierte Untersuchungsgefangene. Ihr wird vorgeworfen, zusammen mit zwei Männern an Aktionen der IRA gegen die britische Rheinarmee auf dem europäischen Festland beteiligt gewesen zu sein. Gegen alle drei läuft seit 1.April 1993 ein Prozeß vor dem 4. Staatsschutzsenat des OLG Celle. Mit unserer Solidarität knüpfen wir auch an die Knastkundgebungen von Frauen in Nordirland an, die es dort seit 1979 gibt.

2. Einbeziehung der Frauen im Knast in die Aktionen zum 8. März.
Lohnkürzungen, Sozialabbau und Entlassungen, eine auf Verdrängung ausgerichtete Drogenpolitik, die Verschärfung der Asylgesetze und die Abwanderungsbewegungen aus den ehemals realsozialistischen Ländern im Osten Europas führen dazu, daß Frauen öfter kriminalisiert und gezwungen werden, zu "illegalen" Mitteln zu greifen. In der Untersuchungshaft der JVA Hannover befinden sich keine reichen Frauen. Viele Frauen sind Ausländerinnen, manche in Abschiebehaft; viele Frauen kommen wegen wiederholtem Ladendiebstahl - auch wenn es nur Kleinigkeiten waren - in U-Haft; viele der Frauen kommen nach einem kurzen Aufenthalt "draußen" immer wieder.
Die Frauen-U-Haft in der Schulenburgerstraße in Hannover ist nur ein kleines Anhängsel eines Männerknastes. Zur Zeit sind dort ca. 60 Frauen inhaftiert. Die Schulenburger ist ein Durchgangsknast, in dem sich solidarische Strukturen unter den Frauen - gemeint sind solche, die über die jeweilige Gruppenzugehörigkeit (z.B. die "Drogenfrauen") hinausgehen - nicht entwickeln können. Es gibt dort keinerlei Gemeinschaftsräume. Morgens ist eine Stunde Hofgang und abend zwei Stunden Aufschluß der Zellen. Die Frauen können sich dann gegenseitig besuchen. Die "restlichen" 21 Stunden werden auf den Zellen verbracht. Dreimal im Monat ist Einkauf im Knastladen (keine Sonderangebote). Wenn es darum geht, Strafen zu verhängen, werden auch noch diese wenigen "Möglichkeiten" kollektiv gestrichen.



Laßt uns Pauline und allen anderen Frauen am 12.März laut und deutlich zeigen, daß wir mit ihnen solidarisch sind und daß sie dazugehören!!!

Einstellung des Verfahrens gegen Pauline O 'Kane und den anderen vor dem Staatsschutzsenat in Celle!
Liebe und Kraft allen gefangenen Frauen in der Schulenburger!
Power durch die Mauer - bis sie bricht!
Für eine starke Kundgebung am 12.März!

Treffpunkt: Haltestelle Vinnhorster Weg, U1 Richtung Norhafen, 13.30 Uhr.
Autonomes Frauen/Lesbenplenum Hannover

Kundgebung vor dem Nationalen Infotelefon

Seit Anfang des Jahres ist bekannt, wo das NIT seinen Sitz hat: In der Eiffestraße 602 im 3. Stock. Der `Kamerad`, der den Anschluß angemeldet hat, ist Jens Siefert, ein Mitglied der rechtsradikalen FAP. Der Staatsschutz, wenn es um linksradikale Aktivitäten geht, immer schnell dabei, begnügt sich bisher mit der Observation der Wohnung und dem Abhören des Bandes. "Bedauerlicherweise" gebe es noch keine Ansagen mit strafrechtlicher Relevanz, die die Bullen zum Einschreiten befähigen könnte...
Am 25. März um 14 Uhr soll es nun vor dem Haus eine Protestkundgebung eines antifaschistischen Bündnisses geben.
Kein Raum, kein Fußbreit den Faschisten!

Wenn der Staat ruft, ruf´zurück !

Überlegungen zu einem staatlicherseits angekündigten Prozeß gegen einen Totalverweigerer.

Am 22.3.94 soll Andreas zu einem Prozeß am Amtsgericht HH-Wandsbek erscheinen.
Um der darauf folgenden Abstrafpraxis die gesetzmäßige Grundlage zu verschaffen, will der Vorsitzende Richter Tiedemann v. Mörner über Andreas´ Ordnungswidrigkeit richten.

Am 1. April 93 hätte Andreas seinen Zwangsdienst bei der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. antreten sollen, um damit der Wehrpflicht zu gehorchen.
Der anbefohlenen Pflicht zur Unterordnung und Verwertung für staatliche Zielsetzungen kam er aber nicht nach: Der Ruf zum Staatsdienst verhallte und bis heute ließ er sich nicht von der Wehrpflicht als staatlichem Erziehungsinstrument zurichten.
Mit der Verfolgung solcher Ordnungswidrigkeiten wurde am Prozeßort schon 1988 Erfahrung gemacht - der damalige Richter Lüdemann verurteilte Michael Hentze zu 8 Monaten Knast wegen Dienstflucht.
Den Rahmen für solche juristische Willkür bieten die staatlichen Rechtsnorm[illegible] und diese legalisieren bis 5 Jahre Knast.
Das [illegible]nerhalb [illegible]ieses Rahmens unte[illegible]iedlich hohe Strafmaß, welc[illegible] Einzelfall ge[illegible] Totalv[illegible]ahlen dokum[illegible]tiert die Willkür der jeweiligen richter[illegible]ichen Entscheidung.

[illegible]ie Festschreibung des Abstrafrah[illegible]mens als staatliche Rechtsnorm [illegible]zeichnet das Interesse der Ge[illegible]geber der herrschenden Politik [illegible] diese Interesse orientiert sich an [illegible]en bestimmenden ökonomischen [illegible]achzwängen.
[illegible]ie [illegible]taatliche Ordnung wird mittels normierten Rechts gewährleistet, geregelt und verwaltet. Dabei ist die Ausgestaltung des Staates an ökonomischen Erfordernissen orientiert.
Das normierte Recht bestimmt aber nicht die staatliche Ordnung oder gar darüberhinaus die ökonomischen Möglichkeiten und Zielsetzungen. Im Gegenteil, Rechtsnormen und damit Justiz leiten die repressiven und präventiven Strafmaßnahmen ein, die der Wahrung der Grundbedingungen dienen, auf denen "ökonomische Blüte" und Profitsicherung als Voraussetzungen für staatliche Herrschaft aufbaut.
Und dazu ist es wichtig, das Verhalten von Menschen mittels Rechtsnorm berechenbar zu machen. Ein steuerbarer Mensch wird so als fremdbestimmter Produzent und Konsument ökonomisch verwertet.
Mit diesem Ziel bestimmt normiertes Recht als Produkt von Macht das menschliche Verhalten. Justiz und Rechtsnormen legalisieren formell den Einsatz der staatlichen Ordnungs- und Zwangsmittel, mit denen Menschen dann für herrschende Produktions- und Profitinteressen diszipliniert werden.

Hier nun ist aber auch der ursächliche und funktionelle Zusammenhang zwischen Justiz und Militär oder hier passender zwischen Prozeß und Wehrpflicht zu sehen.
Die Justiz, d.h. hier der Prozeß, die Verurteilung und die Bestrafung dient letztlich, um auf "rechtsstaatlicher" G[illegible] Menschen zu disziplinie[illegible] [illegible] Finges hüchterte in eine [illegible] staatliche [illegible]rwer[illegible]ungs[illegible] zu [illegible]. Die Wehrpflicht baut ebenso [illegible] die rechtsstaatliche [illegible] legalisierenden [illegible] auf [illegible]ntsprechend dem Prinzip von Be[illegible]fehl und Gehorsam wird mit dem Mittel der Strafandrohung der Mensch zum anpassungsfähigen Idioten her[illegible]abgewürdigt.
Für die Zeit nach dem staatlichen Z[illegible]ngsdienst wird die Bereitschaft z[illegible] Funktionieren antrainiert und d[illegible] Empfindlichkeit gegen fremdbe[illegible]stimmtes Handeln abgewöhnt. Men[illegible]schen haben ihr individuelles Eigen[illegible]interesse mit dem ihrer Verwerter zu [illegible]wechseln.

[illegible]er von der Wehrpflicht oder Anklage betroffene Mensch wird schließlich zur Legitimation und Reproduktion der staatlichen Ordnungsmittel Militär und Justiz gebraucht.
Jeder Prozeß, jede Ableistung von Zwangsdienst stellt eine Weiterentwicklung staatlicher Macht dar.

An diesen Überlegungen zum funktionellen Zusammenhang zwischen erzwungenem Prozeß und erzwungenem Dienst orientiert sich nun das Verhalten von Andreas zu seinem Prozeß.
Die Funktionsträger der Justiz wollen den Termin am 22.3.94 um 11.00 Uhr im AG Wandsbek, Schädlerstraße 28.

Zum Leoncavallo (Milano):
Die BesetzerInnen haben nach einem entsprechendem Angebot der [illegible] ihr Gebäude gegen eine andere leerstehende Fabrik eingetausch[illegible] ist auch riesig groß, aber der Nach[illegible] ist daß sie ab vom Schuß liegt, und daher noch ungünstiger zu er[illegible] [illegible] wissen wir zur Zeit nicht, eventuell [illegible] in der nächst[illegible] mehr info

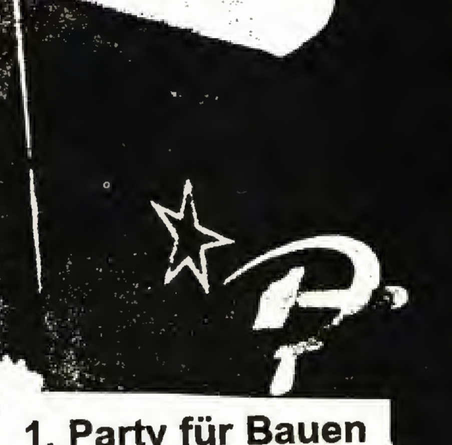
Subcomandante Marcos an die mexikanischen Zeitungen

Subcomandante Marcos an die mexikanischen Zeitungen *Januar 1994*

Meine Damen und Herren!
Bei uns läuft alles gut. In diesen Dokumenten wiederholen wir unsere Bereitschaft zum Dialog, um eine gerechte Konfliktlösung zu finden. Andererseits läßt uns dieser ganze militärische Aufwand (parafernalia) ziemlich kalt, mit dem die Regierung versucht, die riesige Kloake aus Ungerechtigkeit und Korruption wieder zuzustopfen, die wir aufgedeckt haben. Der Frieden, den einige jetzt fordern, hat für uns immer Krieg bedeutet. Es scheint so, als fühlten die großen Herren über Ländereien, Handel, Industrie und Kapital sich belästigt, weil die Indios heutzutage zum Sterben in die Städte gehen und dabei die Straßen beflecken, die vorher nur von weggeworfenen Verpackungen von Importprodukten verdreckt waren. Die Herren zögen es vor, wenn die Indios weiterhin in den Bergen sterben würden, fernab vom guten Gewissen und vom Tourismus.
Das wird nicht so bleiben: Man kann nicht das Wohlbefinden einer Minderheit auf den Entbehrungen der Mehrheit aufbauen. Jetzt werden sie unser Schicksal teilen müssen, im Guten wie im Schlechten. Vorher hatten sie die Möglichkeit, ihren Blick zu wenden und etwas gegen das gigantische historische Unrecht zu tun, das diese Nation gegenüber ihren Ureinwohnern beging. Sie sahen diese jedoch lediglich als anthropologische Objekte, touristische Kuriosität oder Teile eines "Jurassic Park", der glücklicherweise mit dem Abschluß des NAFTA verschwinden mußte, welcher für sie lediglich ein wertloser Totenschein war, denn in den Bergen läßt sich der Tod nicht mehr zählen.
Die Panzer, Flugzeuge, Hubschrauber, ihre tausende Soldaten schüchtern uns nicht ein. Genau die Ungerechtigkeit, die uns ohne ausgebaute Straßen, Wege und elementare Dienstleistungen ließ, wendet sich jetzt gegen sie. Wir brauchen keine Landstraßen, da wir uns immer auf Urwaldpfaden und kleinen Wegen fortbewegt haben: Nicht einmal alle Soldaten der Bundesarmee würden ausreichen, um all' diese Wege dicht zu machen, auf denen früher unser Elend wandelte, und auf denen jetzt unsere Rebellion ihren Lauf nimmt.
Auch die Lügen von Presse und Fernsehen treffen uns nicht. Haben die vielleicht den realen Prozentsatz von Analphabeten, den es im Staat Chiapas gibt, vergessen? Wieviele Wohnungen in dieser Region haben kein elektrisches Licht und von daher auch keinen Fernseher?
Auch falls die Nation sich von neuem durch diese Lügen einlullen läßt, wird mindestens einer von uns übrigbleiben und bereit sein, sie von neuem aufzuwekken. Die "Geheimen Revolutionären Indigena-Komitees" sind unzerstörbar. Sie müßten uns alle, absolut alle, eliminieren, um uns auf militärischem Weg aufzuhalten. Und immer bliebe ihnen der Zweifel, ob nicht doch einer hier übriggeblieben ist, um das Ganze von vorn zu beginnen.

Termine in der Flora
Mo 16-19 Uhr Archiv d. sozialen Bewegungen
Foto-Archiv-Kollektiv
16-19 Uhr Fahrradselbsthilfe
17-20 Uhr Motorradselbsthilfe
Mi 16-19 Uhr Archiv+Fotoarchiv
21Uhr offenes Treffen
Antifa Schanzenviertel
Do 16-19 Uhr Info-Café
Sa 16-19 Uhr Fahrradselbsthilfe
So 6.3+20.3 vegane Vokü um 19.30 Uhr









Flora
DIE ROTE GEFAHR
Musical – Dinner – Theatre
im Hotel Steigenberger
Hamburg

Verlängerung wegen des großen Erfolges:

Fr., 25. 2. bis So., 27. 2. und Do., 3. 3. bis So., 6. 3., jeweils um 20.00 Uhr

Karten-Telefon 36 80 60

Rote Flora im März

-die mit dem pittoresken Abbruchambiente-

6.3. Konzert: **But Alive** (HH) Abschiedskonzert ihrer Deutschlandtour und **Jugheads Revenge** (Los Angeles) - knalliger HC ala Poison Idea, 21 Uhr.

10.3. Konzert: **Legal Weapon** - Los Angeles Punk der alten Schule, Leoncavallo, 21 Uhr.

12.3. Solidisco der Baugruppe, großer Saal, 21 Uhr.

18.3. Nyabinghi-Sound System Alter Reggae mit Live-Bongos, Keller, 22 Uhr.

25., 26., 27.3. Tanztheater: Tanzhof Hamburg und Rostock zeigen: "Lulu oder die Eirollbewegung der Graugans Martina" (Sequenzen) und "Auferstanden aus Ruinen" (deutsch-deutsches Tanztheaterprojekt), großer Saal, jeweils 19.30 Uhr.

27.3. Konzert: **President Fetch** (Kopenhagen) "läßt Rollins aussehen, wie'n alten Sack" und legendäre Hamburger Überraschungsband (!), Leoncavallo, 22 Uhr.

1. Party für Bauen am 12.3. !!!

Es gibt immer noch uns: die total motivierte Baugruppe! Und zwar seit zwei Jahren, als wir damit anfingen, den Bau der Flora-Rückwand zu planen, was bisher auch unser größtes Projekt war. Damals haben wir viel praktische und finanzielle Hilfe gekriegt, und ohne die wird es auch diesmal nicht gehen.

Wir wollen (mit Unterstützung) mal wieder was richtig Tolles für die Flora bauen.

Diesmal haben wir uns vorgenommen, einen Anbau für Klos, Waschgelegenheiten, etc, kurz: einen *Sanitärtrakt* in Angriff zu nehmen.

Dazu müssen wir z.B. zuerst einmal einen Gasanschluß legen, der dann irgendwann auch für eine Heizung zu gebrauchen ist. Den Plan für das Bauprojekt gibt es schon recht lange, die Notwendigkeit noch viel länger, wie ihr bestimmt schon mitgekriegt habt...

Was fehlt, ist mal wieder, Knete. Um also dies letzte Hindernis zur Bewältigung unserer tollen Pläne zu bewältigen, **wollen wir am 12. März eine Party machen,** zu der alle netten Leute kommen müssen.

Das Projekt wird ziemlich teuer werden, wenn also noch jemand gute Ideen oder Geld (!) übrig hat, sind wir sehr dankbar! Ihr hört in jedem Fall Weiteres von uns.

Spenden aufs Florakonto:
Rote Flora e.V.
BLZ: 200 100 20
KTO: 29492-202
Stichwort: Baugeld

Bekanntmachung

Kinderfreundliches Cafe in der Roten Flora ab dem 11.März jeden 2. Freitag von 9 bis 12 Uhr in der Vokü. Kindergerechtes Frühstücksbuffet mit Spielangebot.

Sonstiges:

25.2.-25.3. Ausstellung: Vom Grindelwald...nach Palästina. Politische Plakate von Marc Rudin. Haus für Alle, Mo-Fr 10-19 Uhr.

9.3. Konzert: **Fleisch** und **Kurort**, Störtebeker, 21 Uhr.

19.3. Konzert: **Stromsperre**, **Hirn**, **Terrorgruppe**. Berlinabend im Störtebeker, 21Uhr.



Fahrradwerkstatt

Die Fahrradwerkstatt hat jetzt neben samstags auch am Montag von 16 bis 19 Uhr geöffnet !